

# 1 Manifest für eine konsequent 2 feministische Sozialdemokratie

3	100 Jahre und kein bisschen leise .....	2
4	Ökonomische Ausbeutung der Frauen* .....	5
5	Mehrfache ökonomische Ausbeutung der Frau* .....	5
6	Die Arbeitssituation von Frauen* .....	8
7	Arbeit in Branchen mit tiefen Löhnen: „Frauen*-Berufe“ und die sogenannte erklärbare	
8	Lohndifferenz .....	8
9	Arbeit in Branchen mit hohen Löhnen: Die sogenannte nicht-erklärbare Lohndifferenz	11
10	Unbezahlte Arbeit .....	12
11	Altersarmut ist weiblich* .....	13
12	Frauen* stehen im gegebenen Wirtschaftssystem vor allesamt schlechten Optionen .....	14
13	Forderungen .....	16
14	Sexismus in der heutigen Gesellschaft: Offene und versteckte Unterdrückung .....	28
15	Sexismus ist Herrschaft .....	28
16	Konsequent intersektional .....	30
17	Für eine selbstbestimmte Sexualität .....	32
18	Unser Feminismus ist ein Befreiungskampf .....	34
19	Forderungen: .....	34
20	Frauen*, Staat und Grundrechte .....	38
21	Historischer Ausschluss – Frauen* als Staatsbürgerinnen .....	38
22	Politische Partizipation und Einflussnahme .....	38
23	Staatsmonopol und Grundrechte .....	38
24	Feministische Friedenspolitik .....	39
25	Forderungen «Frauen*, Staat und Grundrechte» .....	40
26	Feministische Kritik an der SP Schweiz .....	43
27	Forderungen: .....	44
28		
29		

# 1 100 Jahre und kein bisschen leise

2 Wer glaubt, die SP Frauen\*<sup>1</sup> seien vor 100 Jahren einfach so aus dem Nichts entstanden,  
3 irrt gewaltig. Schon die Gründung der "Frauenagitationskommission" innerhalb der  
4 sozialdemokratischen Partei 1917 enthielt alle inneren und äusseren Konfliktlinien, die uns  
5 heute noch beschäftigen. Schon zu Beginn ging es um den Platz und Stellenwert der SP  
6 Frauen\*: Dürfen sie sich vor allem um „Frauen\*-Anliegen“ kümmern? Oder geht es darum,  
7 dass Frauen\* gleiche Rechte bekommen wie Männer\*? Oder darum, die Gesellschaft  
8 grundsätzlich zu verändern?

9

10 Die SP Frauen\* sind 100 Jahre alt – die Arbeiterinnenbewegung, aus der sie entstanden  
11 sind, ist aber viel älter.

12

13 Die Gewerkschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts war kein Ort der Emanzipation der  
14 Frau\*.<sup>2</sup> Frauen\* wurden als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt verstanden, und von  
15 gewerkschaftlichen Bewegungen mehrheitlich ausgeschlossen. Statt gleichen Lohn für  
16 gleiche Arbeit, wollten die Gewerkschaften gute Ernährerlöhne, damit die Frauen\* zu Hause  
17 bleiben können. Auch wurde die Arbeit der Frauen\* ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt  
18 der Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrachtet. Damit unterschied sich das Bild, welches  
19 die Genossen von den Frauen\* hatten, kaum von jenem der Bürgerlichen.

20

21 Trotz aller Widrigkeiten organisierten sich die Arbeiterinnen im 19. Jahrhundert und  
22 schlossen sich um 1904 dem schweizerischen Gewerkschaftsbund an. Später wurden die  
23 Arbeiterinnenvereine in die SP eingegliedert und trotz steigender Mitgliederzahlen 1917  
24 aufgelöst. Als Ersatz schuf die Partei die «Frauenagitationskommission», und damit die SP  
25 Frauen\*.

26

27 Der Beginn war also eine Einbindung und Zähmung. Das stereotype Rollendenken durchzog  
28 alle Lebensbereiche, auch die linke sozialistische Bewegung, doch blieb dies für die  
29 Genossen unsichtbar. Sie interessierten sich für die Gleichberechtigung vor allem vor dem  
30 Hintergrund, ob sie der Partei nützlich sein könnte oder nicht. Zudem wurden den SP  
31 Frauen\* immer wieder "Frauen\*-Themen" delegiert, um die sie sich aufgrund "ihrer Natur"  
32 kümmern sollten. "Von den Frauen\*, für die Frauen\*" sozusagen.

33

34 **A-1**; Tamara Funicello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
35 BS), Nina Hüsser (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
36 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
(SP Frauen\* St. Gallen): **Streichung**

37

---

<sup>1</sup> Das Gendersternchen (Asterisk) nach Geschlechternennungen soll auf deren Konstruiertheit hinweisen. "Mann" und "Frau" sind in unserem Verständnis keine naturgegebenen, starren und unmissverständlichen Kategorien, sondern bloss zwei Konstrukte, die jeweils eine grosse Vielfalt an Identitäten umfassen. Das Sternchen macht darauf aufmerksam, dass diese Begriffe alle meinen, die sich damit identifizieren (z.B. Cisgender- und Trans\*-Frauen) – und dass unser Denken über diese binären Konstrukte hinweggehen muss.

Wo kein Stern gesetzt wird, handelt es sich entweder um ein Zitat oder einen Namen.

<sup>2</sup> <http://www.woz.ch/dossier-generalstreik/brot-geld-und-frauenstimmrecht>, gesehen am

7.6.2017

1 **Antrag:** alle Lebensbereiche, auch die ~~linke~~ sozialistische Bewegung

2 *Begründung:* Mit dieser Formulierung hört es sich so an, dass impliziert wird, es gäbe auch  
3 eine "rechte" oder "bürgerliche" sozialistische Bewegung gibt. So laufen wir Gefahr der  
4 Rhetorik von Trump und Konsorten nahe zu kommen, die behaupten wollen "Nazis waren  
5 auch Sozis".

6 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

7  
8

9 Dabei war für die sozialistischen Arbeiterinnen anfangs des 20. Jahrhunderts Frauen\*- und  
10 Familienpolitik kein Schwerpunkt. Das Frauen\*stimm- und Wahlrecht zum Beispiel war für  
11 sie - im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauen\* – keine Priorität. Sie kämpften für den  
12 Sozialismus und gegen die Ausbeutung, und damit für eine gerechte Welt, in der die  
13 Gleichstellung selbstverständlich sein würde. Sie erachteten die politischen Rechte als  
14 inhaltlos, weil sie die grundlegenden Ungerechtigkeiten und die systematischen  
15 Ausbeutungsverhältnisse nicht beseitigen.

16

17 1917 war das Jahr der russischen Revolution, die dann in Russland auch tatsächlich dem  
18 Frauen\*stimmrecht zum Durchbruch verhalf. Im Nachgang des Ersten Weltkriegs wurden  
19 auch den Frauen\* in anderen Ländern politische Rechte zugestanden. Damit wurde das  
20 Thema auch für die Genossinnen aktuell. Gleichzeitig waren in den Wirren des Krieges  
21 vermehrt die Sorgen der Mütter und Hausfrauen\* im Zentrum der Forderungen der SP  
22 Frauen\*. Das stereotype Rollendenken kam auch den Genossinnen während ihrer 100-  
23 jährigen Geschichte oft in die Quere.

24

25 Auch wenn es immer starke und kämpferische Frauen\* gab, so gab es bei den SP Frauen\*  
26 als Organisation unterschiedliche Dynamiken. Mal angepasster, mal wilder. Mal dem Bild  
27 und der Rolle der Frau\* in der Gesellschaft entsprechend, mal umstürzlerisch und fordernd.  
28 Eine ganz neue Energie bekamen die SP Frauen\* in den Siebzigern, als viele Frauen\* aus  
29 der feministischen Bewegung den SP Frauen\* beitraten.

30

31 Die SP Frauen\* stellten daraufhin die Frage, was politische Macht ist und wer sie für welche  
32 Zwecke ausüben darf, auch innerhalb der Partei. Die Folge waren jahrzehntelange Kämpfe  
33 zwischen SP Frauen\* und der Partei, in denen die Frauen\* viel Bewegung in die SP  
34 brachten und die Partei immer wieder von links angriffen.

35

36 Aber auch nach aussen wirkten die SP Frauen\*. Sie prägten viele Debatten rund um die  
37 Gleichstellung der Frauen\* und für eine feministische Gesellschaft. Sie taten dies frech und  
38 witzig und unmissverständlich. Höhepunkte waren der Frauen\*streiktag und die Proteste  
39 rund um die Nicht-Wahl von Christiane Brunner anfangs der Neunziger. Das waren  
40 Momente, in denen breite Bevölkerungsschichten mobilisiert werden konnten und für  
41 Gleichstellung auf die Strasse gingen. Doch nicht nur das: Die SP Frauen\* haben  
42 entscheidend zu vielen gleichstellungspolitischen Erfolgen beigetragen. Die Einführung der  
43 AHV, das Frauen\*stimmrecht, die Abtreibungsrechte, die Strafbarkeit von Vergewaltigung in  
44 der Ehe und der Gleichstellungsartikel wären ohne die politische Arbeit der SP Frauen\* so  
45 nicht eingeführt worden.

46

1 Entlang ihrer Geschichte bewegten sich die SP Frauen\* stets im Spannungsfeld zwischen  
2 "Frauen\*- und Familienpolitik" einerseits und einer grundsätzlichen Veränderung der  
3 Gesellschaft andererseits. Dies ist und war nicht nur ein Gegensatz, sondern auch ein sich  
4 bedingendes Duo: Eine gesellschaftliche Veränderung – in den Worten der Genossinnen  
5 von vor 100 Jahren wäre dies Freiheit, Brot und Frieden für alle – gibt es nur, wenn die  
6 Gleichberechtigung der Frauen\* konsequent umgesetzt wird. Oder anders gesagt: Die SP  
7 Frauen\* sind (auch) heute feministisch und das heisst es geht darum, **die Rolle der Frauen\***  
8 **in der Gesellschaft zu verändern**, die Interessen der Frauen\* durchzusetzen, Sexismus zu  
9 bekämpfen und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Machtstrukturen zu  
10 verändern.<sup>3</sup>

11 **A-2;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
12 BS), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP  
13 Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich): **Streichung**

14  
15 **Antrag:** *Frauen\* sind (auch) heute feministisch und das heisst es geht darum, ~~die Rolle der~~*  
16 *Frauen\* in der Gesellschaft zu verändern, die Interessen der Frauen\* durchzusetzen,*

17  
18 *Begründung:* *Unserer Meinung nach, ist es wünschenswert, Rollen zu hinterfragen und*  
19 *abschaffen, nicht neue zu zementieren. Die Menschen sollten sich – abseits von*  
20 *Geschlechterrollen – so verhalten können, wie sie es wollen.*

21  
22 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme  
23 Frauen\* sind (auch) heute feministisch und das heisst es geht darum, **die**  
24 **geschlechterbezogenen Rollen in der Gesellschaft zu hinterfragen**, die Interessen der  
25 der Frauen\* durchzusetzen,

26  
27 **Begründung:** Mit der Begründung der Antragsstellerinnen ist die GL einverstanden. Um  
28 geschlechterbezogene Rollen abschaffen zu können, müssen sie zuerst aber als solche  
29 erkannt und identifiziert werden. Wir erachten es als Teil unseres politischen Engagements,  
30 genau dies zu tun und die Öffentlichkeit immer wieder darauf hinzuweisen, dass  
31 geschlechterspezifische Rollenzuweisungen im 21. Jahrhundert überholt sein sollten.

32  
33  
34 Das vorliegende Positionspapier widmen wir all den Frauen\*, die sich in den letzten 100  
35 Jahren und zuvor, unermüdlich und unter gefährlichsten Umständen, in der linken  
36 Arbeiterinnenbewegung und bei den SP Frauen\* für die Gleichstellung der Geschlechter und  
37 eine tatsächliche bessere Welt einsetzten.

38  
39 Sie taten dies, indem sie immer wieder die Machtfrage stellten. Dies wollen wir im folgenden  
40 Positionspapier auch tun – und zwar im Sinne der Geschichte der SP Frauen\*: Es sind dies  
41 konkrete Forderungen, aber auch langfristige Visionen. Wir zeigen einige aus feministischer  
42 Sicht prioritäre politische Felder auf und stellen die sich darin auszeichnenden  
43 Machtstrukturen in Frage.

44

---

<sup>3</sup> Siehe Amlinger, Fabienne (2014): Im Vorzimmer zur Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 bis 1995).

# 1 Ökonomische Ausbeutung der Frauen\*

## 2 Mehrfache ökonomische Ausbeutung der Frau\*

3 Frauen\* arbeiten in ihrem Leben gleichviel oder mehr als Männer\*.<sup>4</sup> Trotzdem verdienen sie  
4 massiv weniger als **das andere Geschlecht** und kontrollieren im Vergleich kaum Vermögen:

5 **A-3;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
6 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
7 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
8 (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

9  
10 **Antrag:** ...massiv weniger als ~~das andere Geschlecht~~ Männer\* und kontrollieren im  
11 Vergleich kaum Vermögen

12  
13 **Begründung:** Es gibt mehr als zwei Geschlechter

14 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

15

16

17 Weltweit erhalten Frauen\* weniger als einen Viertel des Erwerbseinkommens,<sup>5</sup> vom  
18 Kapitaleinkommen gar nicht zu sprechen, da sie nur 1% des Vermögens kontrollieren.<sup>6</sup> Aber  
19 auch in den entwickelten Industrieländern ist der langsame Trend zu mehr ökonomischer  
20 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schon seit längerem steckengeblieben, und die  
21 Schweiz ist dabei keine Ausnahme: Von den Vermögen kontrollieren Frauen\* in der Schweiz  
22 keinen Zehntel<sup>7</sup> und vom gesamten Einkommen erhalten sie weniger als ein Viertel. Und

---

<sup>4</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.304755.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017). Darin werden für die Erhebungsjahre 1997, 2000, 2004, 2007, 2013 folgende Mittelwerte ersichtlich:

- Frauen\* Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) 15- bis 63/64 Jahre: 52.68h pro Woche
- Männer\* Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) 15- bis 63/64 Jahre: 52.93h pro Woche
- Frauen\* Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) ab 64/65 Jahren: 27.87h pro Woche
- Männer\* Gesamtarbeitszeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) ab 64/65 Jahren: 21.75h pro Woche

<sup>5</sup> <http://www.unwomen.org/en/what-we-do/economic-empowerment/facts-and-figures>

<sup>6</sup> [http://www.huffingtonpost.com/2011/09/19/women-make-only-1-percent-wealth\\_n\\_969439.html](http://www.huffingtonpost.com/2011/09/19/women-make-only-1-percent-wealth_n_969439.html)

<sup>7</sup> Da es keine schweizerische Statistik des Bundesamtes für Statistik zum Vermögen nach Geschlecht gibt, muss die Berechnung via Extrapolation erfolgen:

- Firmen kontrollieren einen Grossteil des Vermögens in der Schweiz, Frauen\* sind aber nur zu 6% in den Firmenspitzen vertreten, siehe z.B.: <http://www.20min.ch/finance/news/story/25135518> (zuletzt geprüft: 12. Juli 2017)
- Das Vermögen der 300 Reichsten der Schweiz wird 2016 auf 613 Milliarden CHF geschätzt, davon kontrollieren Frauen\* rund 20 Milliarden CHF, also knapp 3.5%, siehe <http://www.bilanz.ch/300-Reichste-live> (zuletzt geprüft: 12. Juli 2017). Es ist anzunehmen, dass sich dieses Verhältnis bei den restlichen Personen mit hohen Vermögen nicht bedeutend ändert.
- Frauen\* halten im Jahr 2014 nur 30% der gesamten Altersguthaben in den Pensionskassen (66 Milliarden CHF von 219 Milliarden CHF) (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/berufliche-vorsorge/beitraege.assetdetail.2905802.html>, zuletzt geprüft am 12. Juli 2018).

1 damit nicht genug: Über ein Drittel aller in Vollzeit arbeitenden Schweizer Frauen\* verdient  
2 weniger als 4000 Franken pro Monat und gerade mal 7.5% verdienen mehr als 8000 CHF  
3 pro Monat. Gerade umgekehrt ist es bei den Männern\*: Hier verdienen sogar mehr Männer\*  
4 (über 16%) über 8000 CHF als solche, die für Tieflohne unter 4000 CHF arbeiten (weniger  
5 als 14%).<sup>8</sup>

6 **Eigentlich ist das unlogisch:**

7 **A-4;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
8 BS), Nina Hüsser (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
9 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
10 (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

11  
12 *Antrag: ~~Eigentlich ist das unlogisch:~~ Im Wissen um diese Tatsachen stellt sich unweigerlich  
13 eine Frage:*

14 *Begründung: Es ist nicht «eigentlich» unlogisch. Wir denken, dass der Widerspruch*  
15 *offensichtlich ist und würden das «eigentlich» darum gerne streichen.*

16  
17 **Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

18  
19  
20 Wenn Frauen\* doch gleich viel oder mehr arbeiten als Männer\*, wieso haben sie dann  
21 weniger Geld? Die Unterschiede sind nicht zufällig, sondern lassen sich aus der  
22 Funktionsweise unseres wirtschaftlichen Systems heraus verstehen: Während die meisten  
23 Menschen zur Sicherung ihrer Existenz davon abhängig sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn  
24 zu verkaufen, gibt es einige wenige, welche Eigentum besitzen und davon leben können.  
25 Diese beiden gesellschaftlichen Gruppen haben entgegengesetzte Interessen: Das  
26 Interesse an anständigen Löhnen und Arbeitszeiten. Ersterer steht dem Interesse Letzterer  
27 daran, mit ihrem Eigentum höheren Mehrwert erzielen zu können, gegenüber. Dieser  
28 Konflikt findet nicht im leeren Raum statt, sondern innerhalb einer Gesellschaft, in welcher  
29 zum Beispiel zwischen biologischen Geschlechtern und zwischen Menschen verschiedener  
30 **Hautfarben** unterschieden wird.

31 **A-5;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
32 BS), Nina Hüsser (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
33 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
34 (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

35  
36 *Antrag: ..., in welcher zum Beispiel zwischen biologischen Geschlechtern und zwischen*  
37 *Menschen verschiedener Hautfarben Haut- und Passfarben unterschieden wird.*

38  
39 *Begründung: Die Gesellschaft unterscheidet nicht nur zwischen Geschlechtern und*

---

Das heisst, der Anteil des Vermögens bei Personen mit tieferem und mittlerem Einkommen ist zu gering, um die sehr tiefe Kontrolle bei Firmenvermögen und bei grossen Vermögen so zu kompensieren, dass es mehr als 10% werden.

<sup>8</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Häufigkeitsverteilung (monatlicher Nettolohn), Voll- und Teilzeitbeschäftigte nach Lohnhöhenklassen - Privater und öffentlicher Sektor zusammen – Schweiz*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/tabellen.assetdetail.327851.html> (zuletzt geprüft: 12. Juli 2017). Der dargestellte Zeitraum ist: 2006, 2008, 2010, 2012, 2014.

1 *Hautfarben, sondern auch v.a. im Arbeitsmarkt auch zwischen Menschen mit und Menschen*  
2 *ohne Schweizerpass*

3 **Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

4

5

6 Solche gesellschaftlichen Trennlinien ermöglichen Machtgefälle, die im allgemeinen Konflikt  
7 zwischen den Vielen und den Wenigen zum Tragen kommen. Die historische  
8 Benachteiligung der Frauen\* (und auch der Nicht-Weissen, und somit insbesondere der  
9 nicht weissen Frauen\*) wird durch diese Konstellation immer weiter reproduziert und die  
10 Arbeitskraft der Frauen\* mehrfach ausgebeutet: Erstens arbeiten Frauen\* in oft grotesk  
11 unterbezahlten Berufen mit schwierigen bis prekären Arbeitsbedingungen, gerade im  
12 Bereich so genannter Care-Arbeit, zum Beispiel in der Pflege von kranken oder alten  
13 Menschen. Zweitens leisten Frauen\* den grössten Anteil der unbezahlten Erziehungs-,  
14 Betreuungs-, Haus- und Familien-Arbeit. Während es ohne diese Reproduktions- und Care-  
15 Arbeit gar nicht möglich wäre, als 100% Lohnarbeit eine Anzahl von 42 Stunden pro Woche  
16 fest zu setzen, gelten diese Tätigkeiten meist nicht einmal als eigentliche Arbeit.<sup>9</sup> Drittens  
17 werden Frauen\* auch dann schlechter bezahlt als Männer\*, wenn sie in Hochlohn-Berufen

---

<sup>9</sup> Im feministischen Diskurs wird sowohl mit dem Begriff der Reproduktions-, wie auch mit jenem der Care-Arbeit operiert. In diesem Papier kann keine umfassende Abhandlung über diese beiden Begriffe gegeben werden, denn das würde den Rahmen sprengen. Jedoch sei hier eine grobe Erklärung gegeben: Als Reproduktionsarbeit auf der einen Seite werden all jene Tätigkeiten bezeichnet, die nötig sind, damit das aktuelle System unserer auf Lohnarbeit basierten Gesellschaft aufrechterhalten werden kann. Der springende Punkt ist dabei, zum Ausdruck zu bringen, dass dieses System sich nicht einfach von selbst aufrecht erhält, sondern dass darin Arbeit steckt. So bedeutet es etwa Arbeit, Nahrungsmittel zu produzieren und diese zuzubereiten, es bedeutet Arbeit, den Haushalt zu führen, Kleider zu waschen, Kinder gross zu ziehen, etc. Ein Teil dieser Arbeit ist damit verbunden, Fürsorge zu leisten, so reicht es etwa nicht, Kinder nur essen und ein Dach über dem Kopf bereit zu stellen, sie brauchen auch emotionale Zuwendung, um zu Menschen heran zu wachsen, die später innerhalb der Wirtschaft und allgemein selbstbewusst auftreten können. Ähnlich ist es mit der Pflege schwer kranker Menschen: Es reicht nicht, sie nur medizinisch zu versorgen, sie brauchen auch Zuwendung, um wieder gesunden zu können. Andere Aspekte der Reproduktionsarbeit sind hingegen nicht mit der Fürsorge verbunden, zum Beispiel den Umzug vorzubereiten, oder Lebensmittel herstellen. Unter Care-Arbeit werden dagegen Tätigkeiten verstanden, welche sich inhaltlich dadurch auszeichnen, dass sie mit Fürsorge zu tun haben. Das heisst, der Begriff ist inhaltlich bestimmt. Wie schon gesehen sind wichtige Teile der Reproduktionsarbeit, also der Arbeit die nötig ist, um die Gesellschaft aufrecht zu erhalten, Care-Arbeit, zum Beispiel eben die Betreuung von Kindern. Der Begriff der Care-Arbeit besagt dabei, dass solche Reproduktions-Tätigkeiten nicht rein mechanisch sind, sondern von jenen Menschen, die sie ausführen, emotional und psychisch viel abverlangt. Jedoch zielt der Begriff der Care-Arbeit auch über die Reproduktion der Gesellschaft hinaus indem er normativ sagt: Als Gesellschaft von Menschen ist Fürsorge und Zuwendung doch nicht nur ein Mittel zum Zweck der Aufrechterhaltung eines Wirtschaftssystems. Vielmehr ist Care ein Wert an sich, etwas also, was wir als Gesellschaft herstellen (also produzieren) sollten, nicht nur ein Mittel zum Zweck (Reproduktion). In den gegebenen Verhältnissen kann das zum Beispiel heissen, dass wir zum Beispiel alte oder chronisch oder tödlich kranke Menschen nicht einfach sich selbst überlassen, sondern dass es notwendige gesellschaftliche Arbeit ist, diese zu betreuen und ihnen so ein den Umständen entsprechend gutes Leben zu ermöglichen. Langfristig gesehen aber zielt der Begriff von Care in seiner Stossrichtung über die gegebenen Verhältnisse hinaus und besagt: Da wir Menschen sind und da das sich um sich und einander sorgen stark zu uns gehört brauchen wir eine andere Wirtschaft und eine andere Gesellschaft, wo der Mensch und seine Bedürfnisse, und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. In diesem Papier werden beide Begriffe verwendet, da es uns hier um beide Aspekte geht: Einerseits aufzuzeigen, dass die ökonomische Relevanz der Arbeit, welche oft Frauen\* ausführen, unterschätzt wird und die Frauen\* unter anderem daher nur ungenügend an den Früchten der gesamtgesellschaftlichen Arbeit beteiligt werden und somit weniger Lohn, weniger Vermögen und oft auch weniger freie Zeit haben. Andererseits argumentieren wir, dass es zu wenig gesellschaftliche Anerkennung für die Wichtigkeit des Gutes der Sorge um sich und um andere gibt.

1 arbeiten. Etwa leistungsorientierte Lohnsysteme, Boni und Gratifikationen wirken sich für die  
2 Lohnungleichheit ungünstig aus, auch im öffentlichen Dienst. Je mehr die Lohnhöhe zur  
3 Verhandlungssache wird, desto weniger verdienen Frauen\* im Vergleich zu den Männern\* in  
4 derselben Position. Dabei sind auch doppelte Standards das Problem: Verhandeln Frauen\*  
5 fordernd, gelten sie als aggressiv und unsympathisch, verhandeln sie nur wenig, wird ihnen  
6 Schwäche vorgehalten. In beiden Fällen resultiert für sie meist kein **guter** Lohn.<sup>10</sup>

7 **A-6;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
8 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
9 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
10 (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

11  
12 **Antrag:** ...sie meist kein ~~guter~~ fairer Lohn.

13  
14 *Begründung:* Das Problem ist nicht, dass sie nicht «gut» bezahlt werden, sondern oft massiv  
15 unterbezahlt.

16 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

17  
18  
19 Viertens verdienen Frauen\* insgesamt weniger, sobald sie heiraten und die  
20 Lohnungleichheit vergrössert sich zusätzlich, sobald die Frau\* Kinder hat. Bei Männern\*  
21 haben Zivilstand und Familie keinen negativen Einfluss auf die Lohnentwicklung.<sup>11</sup> Fünftens  
22 leisten Frauen\* nach Ende des Erwerbslebens ab 64/65 Jahren mehr (meist unbezahlte)  
23 Arbeit als Männer\* und sind auf Grund der Verhältnisse während den Jahren der  
24 Erwerbsarbeit gleichzeitig ärmer als Männer\*.

## 26 Die Arbeitssituation von Frauen\*

27 Arbeit in Branchen mit tiefen Löhnen: „Frauen\*-Berufe“ und die  
28 sogenannte erklärbare Lohndifferenz

29  
30 Die Arbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, ist zwischen Frauen\* und Männern\*  
31 ungleich verteilt. Schon die Unterscheidung in typische Frauen\*- und Männer\*berufe zeigt  
32 die unterschiedliche gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeiten zu Lasten der Frauen\*.  
33 Frauen\* arbeiten einerseits eher in Berufen, die verbunden sind mit Fürsorge, etwa in der  
34 Pflege, der Betreuung, der Erziehung (die so genannte Care-Arbeit). Andererseits üben sie  
35 oft Tätigkeiten aus, die als nicht so komplex und wertvoll angesehen werden von der  
36 Gesellschaft, zum **Beispiel Assistentin oder Verkäuferin**. Viele dieser Tätigkeiten  
37 entsprechen den äusserlichen Zuschreibungen auf Frauen\*, wie etwa Fürsorglichkeit und  
38 administrative Zuverlässigkeit. Diese Leistungen werden in unserer Gesellschaft zwar  
39 geschätzt, jedoch als selbstverständlich betrachtet, weil diese angeblich natürlich Frauen\*  
40 angeboren sind und dementsprechend auch weniger belohnt.

<sup>10</sup> <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/karriere/Frauen-stecken-in-der-Falle-/story/25084865>

<sup>11</sup> Siehe [http://www.ffg.zh.ch/internet/justiz\\_innere/ffg/de/erwerbsleben/lohnungleichheit/lohnstudie.html](http://www.ffg.zh.ch/internet/justiz_innere/ffg/de/erwerbsleben/lohnungleichheit/lohnstudie.html)

1 **A-7**; Tamara Funicello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
2 BS), Nina Hüsser (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
3 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
4 (SP Frauen\* St. Gallen): **Umformulierung**

5  
6 **Antrag:** Gesellschaft, zum Beispiel Assistentin oder Verkäuferin. zum Beispiel im Verkauf  
7 oder der Assistenz.

8  
9 **Begründung:** „Verkäuferin“ und „Assistentin“ mögen umgangssprachlich korrekte Begriffe  
10 sein, fachlich jedoch nicht. Vor allem „Verkäuferin“ ist ein eher veralteter Begriff, der auch  
11 den Aufgaben der Angestellten nicht gerecht wird.

12 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

13  
14  
15 Abgesehen davon, dass es äusserst problematisch ist, zu behaupten, Frauen\* und Männer\*  
16 hätten, als durch ihr Geschlecht definierte Gruppen, von Natur aus unterschiedliche  
17 Eigenschaften, bleibt dabei ungesehen dass gerade in solchen „typischen Frauen\*- Berufen“  
18 der Komplexitätsgrad oft sehr hoch ist: Die meisten Arbeiten sind nicht nur mit physischer  
19 (hier vor allem emotionaler) Belastung verbunden, sondern es findet auch eine  
20 Mehrfachbelastung statt, weil an Vieles gleichzeitig werden muss, damit es am Schluss  
21 funktioniert.

22  
23 Der Verlust an Gehalt pro Monat von Frauen\*, welcher (neben einigen anderen Faktoren wie  
24 Bildungsgrad und Dienstalter) in hohem Ausmass darauf zurückgeht, dass Frauen\*  
25 mehrheitlich in solchen „Frauen\*-Berufen“ arbeiten, wird im Fachjargon „erklärbar“  
26 Lohndifferenz<sup>12</sup> genannt und betrug im Jahr 2012 10.6%.<sup>13</sup> Diese Begrifflichkeit ist jedoch  
27 problematisch, weil sie als „erklärbar“ bezeichnet wird. Jedoch beruht dieser „erklärbare“  
28 Lohnunterschied auf Ursachen, die keineswegs „natürlich“ oder gegeben sind, **sondern**  
29 **insbesondere auf folgende gesellschaftlichen Verhaltensweisen:** Erstens wird in unserer  
30 Gesellschaft eine klare Differenz zwischen so genannt weiblichen und so genannt  
31 männlichen Fähigkeiten gemacht, obwohl es wissenschaftlich hoch umstritten ist, ob es  
32 diese Differenz tatsächlich gibt. Zweitens werden die traditionell weiblich konnotierten  
33 **Fähigkeiten als weniger wertvoll erachtet, weil sie als selbstverständlich und weniger**  
34 **produktiv angesehen werden.** Auf Grundlage solcher Definitionen heisst es zum Beispiel oft

<sup>12</sup> In der Analyse der Lohnstrukturerhebung 2012 des Bundesamts für Statistik wurden die folgenden Ursachen der Lohndifferenz zwischen Frauen\* und Männern\* als objektiv nachvollziehbar bezeichnet:

- Qualifikationsmerkmale (Alter, Dienstalter, Ausbildung)
- persönlicher Merkmale (Zivilstand, Nationalität)
- arbeitsplatzbezogene Merkmale (berufliche Stellung, ausgeübter Beruf),
- unternehmensspezifische Merkmale (Unternehmensgrösse, Branchenzugehörigkeit, Region) und
- weitere lohnrelevante Merkmale (Beschäftigungsgrad, zusätzliche Lohnbestandteile wie Boni etc.)

Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2012. Schlussbericht. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter:

[www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. 44.

<sup>13</sup> Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2012. Schlussbericht.* Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter:  
[www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. II.

1 Frauen\* würden sich die "falschen" Berufe aussuchen und daher selbstverschuldet weniger  
2 verdienen.

3 **A-8;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
4 BS), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP  
5 Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich): **Erweiterung**

6  
7 **Antrag:** Jedoch beruht dieser "erklärbare" Lohnunterschied auf Ursachen, die keineswegs  
8 "natürlich" oder gegeben sind, sondern insbesondere auf folgende zwei-drei  
9 Gesellschaftsverhalten: Erstens wird in unserer Gesellschaft eine klare Differenz zwischen  
10 so genannt weiblichen\* und so genannt männlichen\* Fähigkeiten unterstellt ~~wird~~, obwohl es  
11 wissenschaftlich hoch umstritten ist, dass es diese Differenz tatsächlich gibt). Zweitens  
12 werden die "typischen weiblichen\*" Fähigkeiten als weniger wertvoll erachtet, weil sie als  
13 selbstverständlich und weniger produktiv angesehen werden. Drittens werden Frauen\* von  
14 klein auf dazu sozialisiert, keine grossen Träume zu haben und nicht neugierig zu sein,  
15 während Jungs alles entdecken sollen, sollten Mädchen am besten mit Barbies spielen.

16 *Begründung:* Gerade die Sozialisierung von Kindesbeinen an, zementiert die Genderrollen in  
17 unseren Köpfen. Das widerspiegelt sich dann auch in der Arbeitswelt. Solange die  
18 Sozialisierung, die stereotypischen Genderrollen, und der gnadenlose Sexismus in den  
19 «traditionellen weiblichen und männlichen» Berufen vorherrschen, wird die  
20 Frauen\*vertretung in diesen Berufen miserabel sein.

21

22 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme  
23 Drittens werden Frauen\* und Männer\* von klein auf unterschiedlich sozialisiert (siehe dazu  
24 Sexismus-Teil, S. 28)

25

26 **Begründung:** Klarere und präzisere Formulierung

27

28

29 Die Branchen in denen Frauen\* verstärkt tätig sind, sind historisch gar nicht oder nur wenig  
30 gewerkschaftlich organisiert (zum Beispiel: Organisationsgrad von 7 % in der Pflege,  
31 entgegen 70% auf dem Bau) und das hat vielerlei Gründe. Historisch war nämlich die  
32 Mitgliedschaft der Gewerkschaften über lange Zeit hinweg stark männlich\* geprägt. Die  
33 Vorstellung der Gewerkschaften war es in erster Linie, den Ernährer-Lohn zu stärken und  
34 damit der Frau\* zu ermöglichen, zu Hause zu bleiben. Es ist daher auch kein Zufall, dass  
35 sich beispielsweise der VPOD gegen die Zulassung von Frauen\* als Tramführerinnen  
36 gewehrt hat. Frauen\* galten in dieser Lesart eben auch als Konkurrenz. Überdies sind  
37 Gewerkschaften keine Inseln und so findet sich auch dort die allgemeine gesellschaftliche  
38 Differenzierung zwischen Frau\* und Mann\* und damit die entsprechende ungleiche  
39 Bewertung wieder. Des Weiteren gab und gibt es weitere Ursachen für den niedrigen  
40 Organisationsgrad bei Frauen\*-Berufen u.a. 1) prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die zu  
41 einem erhöhten Personalaufwand für Gewerkschaften führen/führten, 2) geringe zu  
42 erwartende Mitgliederbeiträge, weil viele Frauen\* in diesen Berufen Teilzeit und oder sehr  
43 prekär angestellt sind, 3) historisch fehlende gewerkschaftliche Tradition, weil Care-Arbeit  
44 privat im Haushalt erledigt wurde oder die Spitäler in öffentlicher Trägerschaft waren und 4)  
45 die Organisierung der Frauen\* lange Zeit nicht im machtpolitischen Interesse war, im  
46 Vergleich zu typischen Männer\*branchen, die massgeblichen Anteil an der Wortschöpfung  
47 hatten.

1  
2 So kam es, dass Entwicklungen im Arbeitsmarkt, die im stärkeren Ausmass Frauen\*  
3 betreffen, zum Teil zu spät wahrgenommen wurden. Zum Beispiel der Trend zur  
4 Privatisierung und Gewinnerorientierung in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen. Dadurch kam  
5 und kommt es zu unzumutbaren Arbeitssituationen für Frauen\*: Neben der geringen  
6 Entlohnung verlangen die Unternehmer\*innen zunehmend eine enorme Flexibilität und  
7 generieren durch vermeintliche Effizienzsteigerungsmassnahmen eine  
8 gesundheitsschädigende Arbeitsbelastung. Ein Protest gegen solche Zustände, wie wir sie  
9 schon auf Baustellen und in Industrie-Betrieben gesehen haben, ist auf Grund des niedrigen  
10 gewerkschaftlichen Organisationsgrades und der Nichtbeachtung von gewerkschaftlicher  
11 Seite in der privaten Pflege bisher nur schwierig zu bewerkstelligen. Der Arbeitnehmenden-  
12 Schutz, den die Gewerkschaften in Branchen typischer Männer\*berufe erreichen konnten  
13 und welcher die schlimmsten kapitalistischen Ausuferungen teilweise verhindern kann, ist  
14 daher in vielen „Frauen\*-Berufen“ **ungenügend.**

15 **A-9; Jacqueline Fehr: Ergänzung**

16  
17 **Antrag:** ...ungenügend. Dies ist umso bedenklicher, als dass davon ausgegangen werden  
18 kann, dass der Edu-/Care-Sektor in Zukunft weiterhin wachsen und an Bedeutung gewinnen  
19 wird.

20  
21 *Begründung: Im Kapitel Arbeit wird die problematische geschlechtsspezifische Verteilung*  
22 *der Berufe und auch die damit zusammenhängende Lohnungleichheit thematisiert. Das ist*  
23 *richtig. Es sollte jedoch noch hinzugefügt werden, dass gerade jene Sektoren, in welchen*  
24 *aktuell mehrheitlich Frauen\* tätig sind, im Wachstum begriffen und auch in Zukunft eher an*  
25 *Bedeutung hinzugewinnen werden.*

26  
27 **Empfehlung der GL: Annahme**

28

29 Arbeit in Branchen mit hohen Löhnen: Die sogenannte nicht-erklärbare  
30 Lohndifferenz

31 Auch jene, verhältnismässig wenigen Frauen\*, welche in gutbezahlten Branchen arbeiten  
32 und keine Kinder oder Angehörige zu pflegen haben, respektive deren finanzielle  
33 Verhältnisse es erlauben, dass diese Arbeit ausgelagert werden kann, sind grossen  
34 Benachteiligungen unterworfen. Auf dem bezahlten Arbeitsmarkt sind in den meisten  
35 gutbezahlten Branchen und Kaderstufen vor allem Männer\* anzutreffen, die bisher  
36 strukturell Frauen\* nur erschwert zulassen. Durch informelle Strukturen, in die Frauen\*  
37 historisch (Männer\*bünde) oder physisch (Herrenklo) keinen Zutritt haben, stossen sie  
38 häufig früher oder später an eine gläserne Decke. Diese wird verstärkt durch das Beharren  
39 auf Strukturen, die lange Zeit normal waren, durch mehr Diversität jedoch zwangsläufig  
40 **Veränderung erfahren müssten.** Eine Änderung von Unternehmenskultur bedarf vieles und  
41 die Widerstände dagegen sind gemeinhin gross. Und selbst wenn sich Frauen\* allen  
42 Widerständen zum Trotz eine Karriere erarbeitet haben, entgeht auch ihnen am Ende meist  
43 die volle Anerkennung dafür. Denn diese Frauen\* verdienen bei gleicher Qualifikation und

1 gleichem Beruf im Durchschnitt 7.7 Milliarden Franken oder 8.3%<sup>14</sup> weniger pro Jahr. Diese  
2 sogenannt „nicht-erklärbare“ Lohndifferenz<sup>15</sup> gibt es nur, weil Frau\* Frau\* ist und Frauen\*  
3 von der Gesellschaft als weniger wertvoll angesehen werden.

4 **A-10**; Tamara Funicello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
5 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
6 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
7 (SP Frauen\* St. Gallen): **Ergänzung**

8  
9 **Antrag:** *Veränderung erfahren müssten. Weiter wird durch die fehlende Repräsentation von*  
10 *Frauen\* in gutbezahlten Branchen das Bild vermittelt, dass «Frauen\* dort halt nicht*  
11 *hingehören», ohne gezielte Förderung von Frauen\* wird sich dies auch nicht ändern.*

12  
13 *Begründung: Neben der strukturellen Diskriminierung ist es wichtig zu sehen, dass die*  
14 *momentane Situation ein gewisses Bild reproduziert. Nämlich, dass nur Männer\* auf*  
15 *Kaderstufen vertreten sind und man als Frau\* dort nichts zu suchen hat. Wenn wir diesen*  
16 *Teufelskreis durchbrechen wollen, müssen Frauen\* gezielt gefördert werden und ein*  
17 *anderes Bild vermittelt werden.*

18 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

19

## 20 Unbezahlte Arbeit

21 Frauen\* führen, aber nicht nur innerhalb des Arbeitsmarktes oft schlechter bezahlte  
22 Tätigkeiten aus, sondern sie leisten auch den deutlich überwiegenden Teil der  
23 überlebenswichtigen aber unbezahlten Arbeit in Haushalt, bei der Betreuung von Kindern  
24 und der Pflege von Angehörigen aus: Gemäss dem Bundesamt für Statistik leisteten die  
25 Frauen\* im Jahr 2013 62% der unbezahlten und 38% der bezahlten Arbeit, wobei das  
26 gesamtschweizerische Zeitvolumen der unbezahlten Arbeit jenes der bezahlten Arbeit  
27 übersteigt. So wurden im Jahr 2013 in der Schweiz 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte und  
28 7,7 Milliarden bezahlte Arbeit geleistet, das sind 14% mehr unbezahlte Arbeit als bezahlte  
29 Arbeit. Das Bundesamt für Statistik berechnet den Geldwert dieser unbezahlten Arbeit im  
30 Jahre 2013 auf 401 Milliarden Franken.<sup>16</sup> Das System der bezahlten Vollzeitarbeit mit einer

<sup>14</sup> Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2012. Schlussbericht*. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter: [www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. 1.

<sup>15</sup> Im Unterschied zur oben ausgeführten so genannt erklärbaren Lohndifferenz ist hier nun also die Rede von Unterschieden, die „nicht erklärt werden [können] durch strukturelle Unterschiede“, wobei strukturelle Unterschiede, wie oben ausgeführt, definiert werden als „Unterschiede bezüglich Qualifikation (Alter, Dienstalter, Ausbildung), persönliche Merkmale (Zivilstand, Aufenthaltsstatus), berufliche Stellung und ausgeübtem Beruf (vertikale bzw. horizontale Segregation), Branchenzugehörigkeit, Unternehmensgrösse, regionale Unterschiede oder unterschiedlichen Zugang zu Stellen mit zusätzlichen Entlohnungsmerkmalen wie Zulagen, Boni etc.“ Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG für Statistik (2016): *Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2012. Schlussbericht*. Im Auftrag von: Bundesamt für Statistik BFS, Abteilung Wirtschaft Sektion Löhne und Arbeitsbedingungen. Autorinnen: Silvia Strub, Dr. Aurélien Abrassart, Livia Bannwart und Thomas Oesch. Online verfügbar unter: [www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS\\_2016\\_LohnanalysenLSE2012.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2016/BFS_2016_LohnanalysenLSE2012.pdf) (zuletzt geprüft: 13. Juli 2017), S. 44-45.

<sup>16</sup> Bundesamt für Statistik (2015): *Satellitenkonto Haushaltsproduktion 2013 Der Wert der unbezahlten Arbeit beläuft sich auf 401 Milliarden Franken*, online verfügbar unter:

1 normativen 42-Woche funktioniert nur wegen dieser zusätzlichen unbezahlten Arbeit, welche  
2 mehrheitlich die Frauen\* leisten.

### 3 Altersarmut ist weiblich\*

4 Die Diskriminierung der Frauen\* zieht sich in der Pensionierung fort. Weniger Lohn durch  
5 Erwerbsarbeit bedeutet weniger Einzahlungen in die 1. und 2. Säule, und weniger Chancen,  
6 privat in der **3. Säule vorzusorgen**.

7 **A-11**; Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
8 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
9 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
10 (SP Frauen\* St. Gallen): **Ergänzung**

11

12 **Antrag:** *In der 3. Säule vorzusorgen. Heute haben immer noch 40%<sup>17</sup> der Frauen\* keine 2.*  
13 *Säule.*

14

15 *Begründung: Eine solch eindrückliche Zahl sollte in unseren Augen nicht vorenthalten*  
16 *werden, denn sie zeigt, wie stark Frauen\* in unserer Altersvorsorge diskriminiert werden.*

17

18 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

19

20

21 Die massive Ungleichheit in der Kontrolle von Vermögen trägt zusätzlich ihren Teil dazu bei,  
22 dass von Altersarmut viel öfter Frauen\* betroffen sind.<sup>18</sup> Bestehende ausgleichende  
23 Mechanismen in der AHV mildern die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zwar  
24 etwas ab, jedoch ist der Effekt bei weitem nicht genug. Insbesondere die völlig schiefe Lage  
25 bei den Pensionskassenansprüchen und sonstigem Vermögen kann die AHV in der  
26 aktuellen Form unmöglich ausgleichen. Frauen\* erhalten 40% weniger Altersrenten als  
27 Männer\* in der Schweiz. So sind fast doppelt so viele Frauen\* wie Männer\* auf die  
28 **entwürdigende** Praxis der bedarfsermittelten Sozialhilfe (EL) angewiesen und für viele heisst  
29 das Leben im Alter vor allem Verzicht selbst auf alltägliche Dinge wie Mobilität oder  
30 Teilnahme am kulturellen Leben.

31 **A-12**; Rebekka Wyler (SP Erstfeld): **Streichung/ Anpassung an SP Haltung**

32

33 **Antrag:** *Streichung des Wortes „entwürdigende“.*

34

35 *Begründung: Der Anspruch auf Ergänzungsleistungen ist rechtlich verankert. Die SP hat*  
36 *immer dafür gekämpft, dass die Leute (Männer wie Frauen) diesen Anspruch auch*  
37 *tatsächlich wahrnehmen. Wenn wir schreiben, dass der Bezug von EL „entwürdigend“ ist,*  
38 *widersprechen wir unseren eigenen Bemühungen und erweisen zudem den Betroffenen*  
39 *einen Bärendienst!*

40

41 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.39788.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017).

<sup>17</sup> Quelle: <https://www.srf.ch/news/schweiz/38-prozent-aller-frauen-haben-keine-pensionskasse>

<sup>18</sup> <https://www.srf.ch/news/schweiz/altersarmut-ist-weiblich>

## 1 Frauen\* stehen im gegebenen Wirtschaftssystem vor allesamt 2 schlechten Optionen

3 Frauen\* stehen in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem somit vor allesamt schlechten  
4 Optionen: Sie können Produktions- und Reproduktionsarbeit in vollem Umfang leisten und  
5 somit um die 70 Stunden<sup>19</sup> arbeiten, mit erheblichem gesundheitlichem Risiko. Sie können in  
6 einem Teilzeitarbeitsverhältnis beschäftigt sein und daneben die Reproduktionsarbeit  
7 übernehmen, auch dies bei weit mehr als 42 Arbeitsstunden pro Woche und mit erheblichen  
8 finanziellen Einbussen und Benachteiligungen hinsichtlich aller Sozialversicherungen. Oder  
9 sie können in einem gutbezahlten 100% Anstellungsverhältnis tätig sein und dafür sorgen,  
10 dass die Reproduktionsarbeit an andere ausgelagert wird. Indes können sich diese  
11 Auslagerung der Reproduktionsarbeit nur Menschen aus der Mittel- und Oberschicht leisten.  
12 Es sind dann zwar andere, aber abermals Frauen\*, welche diese Arbeit dann übernehmen,  
13 häufig ältere Frauen\* (oft Grossmütter)<sup>20</sup> oder Frauen\* mit Migrationshintergrund aus  
14 unteren Schichten.<sup>21</sup> Also führt die Lösung wieder zu Benachteiligung und Armut, das  
15 Problem wird einfach verschoben und die Männer\* sind dadurch aus der Verantwortung  
16 entlassen, ihren Anteil an der Betreuungs- und Hausarbeit zu übernehmen.

17

18 Die Problematik, die diese Wirtschaftsstruktur für die Frauen\* mit sich bringt, verbindet sich  
19 seit einiger Zeit noch mit einer zunehmend stärkeren, neoliberalen Austeritätspolitik: Mit dem  
20 Argument, Staatsverschuldung bekämpfen zu müssen, fordern bürgerliche Parteien seit  
21 einigen Jahrzehnten, den Gürtel enger zu schnallen, also die Ausgaben der öffentlichen  
22 Hand zu senken. Diese Logik ist, erstens, schon grundsätzlich problematisch: Staaten  
23 werden ähnlich betrachtet wie private Unternehmen, deren Bilanz stimmen muss wenn sie  
24 nicht Gefahr laufen wollen, insolvent zu werden. Volkswirtschaft funktioniert jedoch nach  
25 eigenen Mechanismen: Staatliche Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung, das Sozial-  
26 und Gesundheitswesen usw. lohnen sich natürlich, zumal damit die Produktivität des  
27 privaten Sektors tendenziell steigt. Wenn also behauptet wird, sparen sei notwendige Pflicht,  
28 dann verdeckt diese Rhetorik was das Spargebot eigentlich ist: Die politische Wahl, Sparen  
29 zu priorisieren.

30 **A-13**; Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
31 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
32 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
33 (SP Frauen\* St. Gallen): **Umformulierung**

34

---

<sup>19</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.304755.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017). Daraus geht hervor, dass alleinstehende Frauen\*, deren jüngstes Kind 0-7 Jahre alt ist durchschnittlich 72.2 Stunden pro Woche arbeiten, Frauen\*, deren jüngstes Kind 7-15 Jahre alt ist durchschnittlich 67.

<sup>20</sup> Bundesamt für Statistik (2016): *Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit*, online verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.304755.html> (zuletzt geprüft: 7. Juli 2017). Daraus geht hervor, dass die über 64/65 jährigen Frauen in den Erhebungsjahren 1997, 2000, 2004, 2007, 2013 im Durchschnitt 26.75 Stunden unbezahlte Arbeit pro Woche leisten.

<sup>21</sup> Schilliger, Sarah (2015): Globalisierte Care-Arrangements in Schweizer Privathaushalten, in: Nadai, Eva; Nollert, Michael (Hg.): *Geschlechterverhältnisse im Post-.-Wohlfahrtsstaat*. Beltz-Juventa, S. 154-175.

1 **Antrag:** ...privaten Sektors tendenziell steigt. Wenn also behauptet wird, ~~sparen~~ Abbau sei  
2 notwendige Pflicht, dann verdeckt diese Rhetorik was das Spargebot eigentlich ist: Die  
3 politische Wahl, ~~Sparen~~ Kostensenkungen und Leistungsabbau zu priorisieren. Zweitens  
4 sind solche Abbaumassnahmen dabei nicht effekt-neutral.

5  
6 *Begründung:* Bitte nicht «sparen» verwenden, es handelt sich dabei um ein positiv besetztes  
7 Wort und eine sehr bürgerliche Rhetorik. In der Austeritätspolitik wird eigentlich gar nicht  
8 gespart, es wird abgebaut.

9  
10 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

11  
12  
13 Zweitens sind solche Sparmassnahmen dabei nicht effekt-neutral. Werden zum Beispiel  
14 staatliche oder staatlich subventionierte Kinderbetreuungs-Angebote abgeschafft oder für  
15 jene verteuert, die sie nutzen, dann hat das tendenziell ein Zurück zu traditionelleren  
16 Familienstrukturen zur Folge,<sup>22</sup> zumal es sich unter anderem wegen der niedrigeren Löhne  
17 von Frauen\* dann ökonomisch tendenziell weniger oder gar nicht mehr lohnt, dass beide  
18 Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen. Dies ist gesellschaftlich problematisch, weil damit  
19 traditionelle Rollenbilder bekräftigt werden anstatt, dass sie weiter aufgebrochen werden  
20 können. Es ist zudem volkswirtschaftlich problematisch, wenn gut gebildete Frauen\* von der  
21 Erwerbsarbeit fernbleiben müssen und Stellen von öffentlichen Angestellten, welche als  
22 volkswirtschaftliche Multiplikatoren wirken, wegfallen.

23 **A-14;** Tamara Funicello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
24 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
25 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
26 (SP Frauen\* St. Gallen): **Umformulierung**

27  
28 **Antrag:** ~~Es ist zudem volkswirtschaftlich problematisch, wenn gut gebildete Frauen\* von der~~  
29 ~~Erwerbsarbeit fernbleiben müssen und Stellen von öffentlichen Angestellten, welche als~~  
30 ~~volkswirtschaftliche Multiplikatoren wirken, wegfallen.~~ Aus dem Aspekt der persönlichen  
31 Freiheit kann es nicht sein, dass Frauen\* gezwungenermassen zuhause bleiben müssen,  
32 weil sie für die Kinderbetreuung mehr zahlen als sie verdienen.

33  
34 *Begründung:* Wir glauben, dass unsere Argumente davon ausgehen sollten, dass eine Frau\*  
35 zuhause bleiben und ihre Kinder betreuen kann, falls sie das will, oder arbeiten kann und die  
36 Kinder fremdbetreuen lässt, falls sie das will. Der Staat soll die nötigen Strukturen schaffen,  
37 dass diese Entscheidung für alle Frauen\* aus ihrem Willen und nicht aus  
38 volkswirtschaftlicher Klugheit geschieht.

39  
40 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

41 Es ist zudem volkswirtschaftlich problematisch, wenn gut gebildete Frauen\* von der  
42 Erwerbsarbeit fernbleiben müssen und Stellen von öffentlichen Angestellten, welche als  
43 volkswirtschaftliche Multiplikatoren wirken, wegfallen. **Aus dem Aspekt der persönlichen**  
44 **Freiheit kann es nicht sein, dass es für Frauen\* und Männer\* finanziell unattraktiv ist,**  
45 **einer Erwerbsarbeit nachzugehen, wenn sie dies wollen.**

<sup>22</sup> [http://m.tagesspiegel.de/wissen/finanzkrise-und-feminismus-frauen-zahlen-den-noch-hoeheren-preis/12081102.html?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.ch%2F](http://m.tagesspiegel.de/wissen/finanzkrise-und-feminismus-frauen-zahlen-den-noch-hoeheren-preis/12081102.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.ch%2F) (zuletzt geprüft: 19. Juli 2017)

1  
2 **Begründung:** Die GL hält es für sinnvoll, das volkswirtschaftliche Argument aus  
3 strategischen Gründen als zusätzliches Argument aufrecht zu erhalten. Sie ist aber  
4 einverstanden, den Aspekt der persönlichen Freiheit stärker zu betonen. Darin ist es uns  
5 aber wichtig, eine Formulierung zu haben, aus der klar wird: Kinderbetreuung soll nicht nur  
6 von den Müttern, sprich Frauen\*, bezahlt und übernommen werden. Es müssen also  
7 Strukturen geschaffen werden, die beiden Elternteilen die Möglichkeit bieten, einer Arbeit  
8 nachzugehen und Betreuungsaufgaben zu übernehmen.

9  
10  
11 Das liberale Versprechen von mehr Gleichheit durch die Integration der Frauen\* in den  
12 bezahlten Arbeitsmarkt entpuppt sich somit als hohl: Die Frauen\* haben auch über 40 Jahre  
13 nach der Gesetzesänderung, welche es ihnen erlaubte, von nun an ohne die Zustimmung  
14 ihres Ehemannes erwerbstätig sein zu können, weiterhin weniger Freiheiten und sind  
15 finanziell schlechter gestellt als die Männer\*.

## 16 Forderungen

17 - **Reduktion der Erwerbsarbeit auf 25 h für Männer\* und Frauen\***

18 **A-15; Margrit Blaser (SP Frauen\* Kanton St. Gallen): neue Begründung für Forderung**

19  
20 **Antrag:** Die Begründungen zu dieser Forderung sind auf andere Grundlagen zu stellen und  
21 neu zu formulieren.

22  
23 *Begründung: Bei den Begründungen zur Reduktion der Erwerbsarbeit wird einleitend*  
24 *ausschliesslich individualistisch und mit hehren Werten argumentiert. Sie basieren auf einem*  
25 *moralischen, sozialromantischen Gesellschaftsbild. Die Beschreibung könnte von*  
26 *bürgerlichen Parteien nicht übertroffen werden: Erwerbsarbeitszeit herabsetzen, um*  
27 *Beziehungen aufzubauen und zu leben, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen, sich im*  
28 *näheren und weiteren Umfeld einzubringen und zu beteiligen und zu guter Letzt das Recht*  
29 *einer sinnvollen und befriedigenden Erwerbsarbeit nachzugehen. Wenn ich das bei einer 25-*  
30 *Stunden-Woche nicht schaffe, bin ich selber schuld! Wollen wir Sozialdemokratinnen mit*  
31 *derartigen Begründungen, die auf einen grossen Teil der Bevölkerung gar nicht zutreffen, für*  
32 *die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit kämpfen?*

33  
34 *Kein Wort über Arbeitsbedingungen, wie die seit langem laufende Flexibilisierung, der*  
35 *Verdichtung der Arbeitsprozesse, die strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt sowie*  
36 *die mit enormem Tempo voranschreitende Digitalisierung in der Wissensarbeit und*  
37 *Produktion. Die Auswirkungen der Digitalisierung treffen ein breites Spektrum von*  
38 *Arbeitnehmenden, von den Frauen und Männern in der Finanzwelt bis zu den*  
39 *Kassiererinnen. Diese Veränderungen haben weitgehende wirtschaftliche und soziale*  
40 *Folgen. Aus Sicht der Sozialdemokratie muss die Erwerbsarbeitszeit reduziert werden (es*  
41 *könnte auch auf 35 Stunden sein), um künftig die vorhandene Arbeit auf mehr Personen zu*  
42 *verteilen und nicht in erster Linie, um die Selbstverwirklichung voranzutreiben.*

43  
44 *Noch eine Bemerkungen zum Recht auf sinnvolle und befriedigende Erwerbsarbeit. Kann*  
45 *das für jede Frau oder jeden Mann erkämpft werden? Woran messen die*

1 Sozialdemokratinnen den Sinn und die Befriedigung bei der Arbeit? Eine Reinigungskraft  
2 oder eine Mitarbeiterin in der Produktionskontrolle hat kaum Wahlmöglichkeiten bei der  
3 Arbeitsgestaltung. Ihre Arbeit erlebt sie befriedigender, wenn die Rahmenbedingungen des  
4 Arbeitsplatzes stimmen. Dazu zählen insbesondere der Respekt und die Anerkennung ihrer  
5 Tätigkeit innerhalb des Unternehmens, eine Arbeitszeitgestaltung je nach Lebenssituation,  
6 die Besoldung, die Fortbildung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Ob sie oder er die  
7 Arbeit sinnvoll findet, können wir auch qualifizierten Arbeitnehmenden nicht abnehmen.

8  
9 Die individualistischen Begründungen im Manifest zur Forderung „Herabsetzung der  
10 Erwerbsarbeitszeit“ stehen im krassen Widerspruch zu unserem Anspruch, „konsequent  
11 intersektional“ zu politisieren. Mit der Beschränkung auf die persönliche Weiterentwicklung  
12 schliessen wir einen grossen Teil der Frauen und Männer aus, die eine Herabsetzung der  
13 Erwerbsarbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich der Arbeitsplatzhaltung  
14 anstreben. Im Manifest wird von einem Verständnis von intersektionellem Feminismus  
15 ausgegangen. Nämlich von verschiedenen und teilweise sich überschneidenden  
16 Diskriminierungen (Sexismus, Klassismus, Rassismus, Homo- und Trans\*feindlichkeit,  
17 Behinderung), die zu unterschiedliche Ansprüchen führen.

18  
19 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

20 Die Begründung soll wie folgt geändert werden:

21 Zum guten Leben gehört viel mehr als nur die Erwerbsarbeit. Alle Menschen, alle Mitglieder  
22 einer Gesellschaft haben das Bedürfnis und das Recht, familiäre und freundschaftliche  
23 Beziehungen aufzubauen und zu leben, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen und  
24 sich in ihrem näheren und weiteren Umfeld einzubringen und zu beteiligen. Umgekehrt sollte  
25 auch jeder Mensch das Recht haben, einer sinnvollen und befriedigenden Erwerbsarbeit  
26 nachzugehen. Damit dies möglich ist, braucht es eine faire Verteilung der Erwerbsarbeit und  
27 des damit zusammenhängenden Einkommens. Jede erwachsene Person sollte die  
28 Möglichkeit haben, durch Erwerbsarbeit ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen und  
29 trotzdem an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können. In dieser  
30 Frage sind die Frauen\* in unserer Gesellschaft massiv benachteiligt und seit langer Zeit gibt  
31 es keine Zeichen der weiteren Verbesserung. Um diese Diskriminierung zu überwinden  
32 reicht eine Politik der kleinen Schritte und sporadischen Korrekturen von Ungerechtigkeiten  
33 nicht, sondern es gilt, einen radikalen Wandel von Arbeit und Erwerb in unserer Gesellschaft  
34 herbeizuführen. Der naheliegendste Weg zu einer gerechteren Verteilung der Erwerbs- und  
35 der Reproduktions-Arbeit ist die Verteilung beider Aufgaben auf möglichst viele Köpfe und  
36 der wichtigste Schritt dahin ist das radikale Absenken der für einen vollen Lohn nötigen  
37 Erwerbsarbeitszeit auf eine 25 Stunden-Woche. Dies wird es endlich möglich machen, dass  
38 beide Geschlechter fast vollständig am Arbeitsmarkt beteiligt sein können. Denn während es  
39 bei der heutigen 42 Stunden – Woche (oder auch einer etwas tiefer angesetzten  
40 Normalarbeitswoche) für ein Paar, das Kinder hat nicht anders geht, als die Reproduktions-  
41 und Care-Arbeit durch eine der beiden Partner innen erledigen zu lassen, Teilzeit-  
42 Erwerbsarbeits-Optionen zu suchen (welche es allzu oft nicht befriedigend gibt) oder aber  
43 den grossen Teil der Reproduktions- und Care-Arbeit an Dritte auszulagern, macht es eine  
44 25 Stunden Normalarbeitswoche sowohl Frauen\* als auch Männern\* möglich, daneben  
45 einen relevanten Teil der Reproduktions- und Care-Arbeit zu leisten. Damit fällt eine wichtige  
46 Ursache der ungleichen Stellung der Frau\* am Arbeitsmarkt und damit zugleich eine  
47 wichtige Ursache der Lohnungleichheit weg. Durch die Möglichkeit einer fast vollständigen

1 Beteiligung beider Geschlechter am Arbeitsmarkt steht diesem, volkswirtschaftlich gesehen,  
2 nicht weniger sondern das gleiche Arbeitsvolumen zur Verfügung wie dies heute der Fall ist.  
3

4 Die Forderung nach Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn ist für die  
5 Arbeiter\*innenschaft historisch gesehen von grosser Wichtigkeit. Wer entscheidet, wie lange  
6 und wofür wir arbeiten, und was gilt als Arbeit? Bestimmt das der Markt oder wir Menschen  
7 selbst? Mit weniger Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen ändern sich konkret die  
8 materiellen Lebensbedingungen der Menschen. Das ist die Basis dafür, dass weitergehende  
9 Veränderungen, wie etwa eine stärker gemeinschaftlich-kooperative anstatt privat-  
10 kompetitive Organisation, überhaupt kollektiv erdacht und angegangen werden können. So  
11 hat die 2. Internationale 1889 in Gedenken an die Chicagoer Arbeitskämpfe von 1886 für  
12 den 8 Stunden-Tag den 1. Mai zum Kampftag der Arbeiter\*innenbewegung  
13 ausgerufen. Heute sind wir noch immer beim (etwas mehr als) 8 Stunden-Tag, obwohl die  
14 Produktivität um Längen zugenommen hat und obwohl die seit langem zunehmende  
15 Flexibilisierung, die Verdichtung der Arbeitsprozesse, die strukturellen Veränderungen in der  
16 Arbeitswelt sowie die mit enormem Tempo voranschreitende Digitalisierung in der  
17 Wissensarbeit und Produktion die Beschäftigten einem immer höheren Druck aussetzen. Die  
18 Auswirkungen der Digitalisierung treffen ein breites Spektrum von Beschäftigten. Wenn nicht  
19 politisch sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeit in der Gesellschaft auf mehr  
20 Schultern zu verteilen, dann riskieren wir, dass die mit der Digitalisierung einher gehenden  
21 wirtschaftlichen und sozialen Folgen eine ernste Gefahr für die soziale Kohäsion bedeuten,  
22 da eine immer größere Anzahl von Menschen von Abstieg und Stigmatisierung bedroht sind.  
23

24 Nebst der Arbeiter\*innenbewegung war es auch immer wieder die feministische Bewegung,  
25 die eine starke Reduktion der Erwerbsarbeit forderte. Dies nicht zuletzt weil diese  
26 Feministinnen\* erreichen wollten und wollen, dass auch die Reproduktionsarbeit als  
27 gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird. Nach der Nichtwahl von Christiane  
28 Brunner 1993 ging denn auch eine SP Frauen\*-Arbeitsgruppe «Neuverteilung der Arbeit»  
29 davon aus, dass das nun seit neuem in der Verfassung festgehaltene «Recht auf Teilhabe  
30 an der Erwerbsarbeit» heissen muss, die bezahlte und unbezahlte Arbeit sei ganz neu zu  
31 verteilen. Der Vorschlag dieser Arbeitsgruppe rechnet vor, dass eine gerechte Verteilung  
32 von bezahlter und unbezahlter Arbeit eine 25-Stunden-Woche erfordern würde, einen 5-  
33 Stunden-Erwerbsarbeits-Tag für alle.<sup>23</sup> Davon sind wir weit weg: Seit den 1960er Jahre hat  
34 sich die Produktivität in der Schweiz verdoppelt. Die Arbeitszeiten hingegen sind zum Teil  
35 sogar gestiegen. Dabei würde eine Arbeitszeitreduktion dem Arbeitsmarkt gar nicht  
36 Arbeitsvolumen entziehen, sondern es auf demselben Stand belassen. So wurden 2006 in  
37 der Schweiz 6.46 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Verteilt auf die 4.6 Millionen 20- bis 65-  
38 jährigen Menschen in der Schweiz macht das 1404 Jahresstunden, das heisst 29  
39 Wochenstunden bei 48 Arbeitswochen. Seit 2006 ist die Produktivität noch einmal  
40 gestiegen, womit es bei 25 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche und Kopf beim gleichen  
41 Arbeitsvolumen bleibt.[2] <sup>24</sup>Wieso ist das so? Weil eine solche Verteilung der verschiedenen  
42 gesellschaftlich notwendigen Arbeiten eine fast vollständige Beteiligung beider Geschlechter

<sup>23</sup> SP-Arbeitsgruppe «Neuverteilung der Arbeit» (1995): Auszug aus dem Zwischenbericht vom Mai 1994. Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik. Heft 2. Januar 1995, S. 75 - 80.

<sup>24</sup> Werner Vontobel (2008): 25 Stunden sind genug. Zeitpunkt (95), S. 27.

1 am Arbeitsmarkt zur Folge haben wird und somit dem oft beklagten Fernbleiben gut (aus-  
2 )gebildeter Schweizer Frauen\* vom Arbeitsmarkt entgegenwirkt. Zusätzlich zu dieser  
3 volkswirtschaftlichen Relevanz bringt eine 25 Stunden Erwerbsarbeits-Woche auch allen  
4 Menschen genügend Zeit und Gelegenheit sich neben der Erwerbsarbeit an den anderen  
5 gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, insbesondere auch der Care-Arbeit, zu beteiligen.

6 **Begründung:** Die Antragstellerin beantragt, die Begründungslinie dieser Forderung neu zu  
7 formulieren und dabei darauf abzuheben, dass eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit  
8 wegen dem gesellschaftlichen Druck, den die strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt  
9 mit sich bringen, opportun ist, anstatt darauf, dass wir eine gesellschaftliche  
10 Arbeitsverteilung fordern, bei welcher alle Menschen einer sinnvollen Erwerbsarbeit  
11 nachgehen, familiäre und freundschaftliche Beziehungen aufbauen und leben, und damit  
12 sich selbst entfalten und verwirklichen und sich in ihrem näheren und weiteren Umfeld  
13 einbringen und beteiligen können.

14  
15 Die Geschäftsleitung möchte die Anregung insofern aufnehmen, als dass die Begründung  
16 dieser Forderung wie oben vorgeschlagen ergänzt und geändert wird. Einer  
17 vollumfänglichen Ersetzung der Begründung entlang der Argumentation des Antrages  
18 hingegen stimmen wir nicht zu. Denn erstens ist es durchaus ebenfalls eine im Kern  
19 sozialdemokratische Absicht, die Gesellschaft so transformieren zu wollen, dass ein gutes  
20 Leben für alle möglich wird. Zweitens ist die Stossrichtung, gute Jobs in der Schweiz  
21 erhalten zu wollen nicht nur unproblematisch, wenn man die Sozialdemokratie  
22 internationalistisch denkt. Drittens möchten wir das Individuum und sein Interesse an seiner  
23 Entfaltung nicht den bürgerlich Liberalen überlassen.

24  
25 Zum guten Leben gehört viel mehr als nur die Erwerbsarbeit. Alle Menschen, alle Mitglieder  
26 einer Gesellschaft haben das Bedürfnis und das Recht, familiäre und freundschaftliche  
27 Beziehungen aufzubauen und zu leben, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen und  
28 sich in ihrem näheren und weiteren Umfeld einzubringen und zu beteiligen. Umgekehrt sollte  
29 auch jeder Mensch das Recht haben, einer sinnvollen und befriedigenden Erwerbsarbeit  
30 nachzugehen. Damit dies möglich ist, braucht es eine faire Verteilung der Erwerbsarbeit und  
31 des damit zusammenhängenden Einkommens. Jede erwachsene Person sollte die  
32 Möglichkeit haben, durch Erwerbsarbeit ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen und  
33 trotzdem an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können. In dieser  
34 Frage sind die Frauen\* in unserer Gesellschaft massiv benachteiligt und seit langer Zeit gibt  
35 es keine Zeichen der weiteren Verbesserung. Um diese Diskriminierung zu überwinden  
36 reicht eine Politik der kleinen Schritte und sporadischen Korrekturen von Ungerechtigkeiten  
37 nicht, sondern es gilt, einen radikalen Wandel von Arbeit und Erwerb in unserer Gesellschaft  
38 herbeizuführen. Der naheliegendste Weg zu einer gerechteren Verteilung der Erwerbs- und  
39 der Reproduktions-Arbeit ist die Verteilung beider Aufgaben auf möglichst viele Köpfe und  
40 der wichtigste Schritt dahin ist das radikale Absenken der für einen vollen Lohn nötigen  
41 Erwerbsarbeitszeit auf eine 25 Stunden-Woche. Dies wird nicht nur eine fast vollständige  
42 Beteiligung beider Geschlechter am Arbeitsmarkt zur Folge haben (dadurch steht dem  
43 Arbeitsmarkt das gleiche Arbeitsvolumen zur Verfügung) sondern wird auch allen Menschen  
44 genügend Zeit und Gelegenheit geben sich, sich an den anderen gesellschaftlich  
45 notwendigen Aufgaben, insbesondere auch der Care-Arbeit, zu beteiligen.

46

1 **A-16; Ursula Nakamura: Neue Formulierung/ keine konkrete Zahl**

2 **Antrag:** Neue Formulierung: **Massvolle** Reduktion der Erwerbsarbeit auf ~~25~~ Stunden für  
3 Männer\* und Frauen\*

4  
5 *Begründung: Forderung einer reduzierten Erwerbsarbeit auf 25 h für Männer\* und Frauen\*  
6 kann eine langfristige Zukunftsvision sein, steht jedoch völlig quer im jetzigen wirtschaftlich-  
7 politischen Umfeld. Denn momentan muss vor allem für den Erhalt von nicht  
8 ausbeuterischen Arbeitsplätzen in der Schweiz gekämpft werden. Da wäre dies geradezu  
9 ein verlockendes Angebot für Arbeitgeber, ihre Jobs noch vermehrt ins „billige“ Ausland zu  
10 verlegen.*

11  
12 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** siehe Empfehlung zu gleichgerichtetem **A-17** (Wyler)

13  
14  
15  
16 **A-17; Rebekka Wyler (SP Erstfeld): Anpassung der Stundenzahlen**

17  
18 **Antrag:** Reduktion der Erwerbsarbeit auf 35 Stunden (anstatt auf 25 Stunden, wie im Papier  
19 gefordert).

20  
21 *Begründung: Die Reduktion auf 25 Stunden ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht realistisch.  
22 Anstatt dass wir in eine reale Diskussion darüber eintreten, was möglich ist – und dann  
23 hoffentlich auch etwas erreichen können – werden wir mit solchen Forderungen als  
24 Utopistinnen\* disqualifiziert werden. Eine Verkürzung auf 35 Stunden wäre aus heutiger  
25 Sicht bereits ein grosser Fortschritt. Die Debatte über die Verkürzung der Arbeitszeit wird  
26 leider schon lange nicht mehr breit geführt, umso mehr müssen wir mit einem halbwegs  
27 realistischen Vorschlag antreten, um sie wieder zu lancieren.*

28  
29 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Die beiden Antragstellerinnen beantragen eine  
30 schwächere Forderung zur Reduktion der Erwerbsarbeitszeit: Rebekka Wyler möchte die  
31 '35h - Woche' fordern, Ursula Nakamura eine 'massvolle Reduktion der Erwerbsarbeit'. Die  
32 Geschäftsleitung hat diese Anträge ausführlich und kontrovers diskutiert und kam zum  
33 Schluss, zu diesen beiden Anträgen keine Ablehnungs- oder Annahme-Empfehlung  
34 abgeben zu wollen. Wir wünschen, dass diese Diskussion an der Mitgliederversammlung  
35 durch die Mitglieder geführt werden und im Anschluss daran eine Entscheidung für die  
36 Aufrechterhaltung des ursprünglichen Textes oder für die Annahme einer der beiden  
37 vorliegenden Anträge gefasst werden kann. Wir verweisen jedoch auf unseren Vorschlag  
38 einer modifizierten Annahme des Antrages 1) von Margrit Blaser (SP Frauen St. Gallen) zur  
39 gleichen Forderung.

40  
41 Die Forderung nach einer 25h Erwerbsarbeits-Woche findet sich in diesem Papier aus dem  
42 folgenden Frauen\*-spezifischen Grund: Wird die Erwerbsarbeits-Zeit für Männer\* und  
43 Frauen\* auf 25h reduziert ist es sowohl Männern\* als auch Frauen\* grundsätzlich möglich,  
44 einen substantiellen Teil der Reproduktions-Arbeit neben einem 100%-Job erledigen zu  
45 können. Damit fällt einer der Gründe der heutigen Benachteiligung der Frauen\* in der  
46 Karrieregestaltung in der Erwerbsarbeit weg, zumal das vorweg genommene "Risiko" eines  
47 mit der Mutterschaft einhergehenden einseitigen Aus- oder Wegfalls der Frau\* aus dem

1 Arbeitsmarkt signifikant geschmälert wird. Damit einher gehend fällt auch eine der Ursachen  
2 der heutigen Lohnungleichheit weg. Mit einer weniger signifikanten Verkürzung der  
3 Erwerbsarbeitszeit, auf plus/minus 35 Stunden, gehen diese  
4 gesellschaftstransformativischen Veränderungen zu Gunsten einer stärkeren Gleichstellung  
5 nicht logischerweise einher, sondern vor allem die - auch wünschenswerten - Folgen einer  
6 höheren Lebensqualität für alle angestellten Männer\* und Frauen\*, sowie die bessere  
7 Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit einher.

8  
9 Zur Frage der Angemessenheit dieser Forderung gibt es verschiedene Perspektiven. Zum  
10 einen gibt es den Einwand der Antragstellerinnen, dass eine 25h Woche in den aktuellen  
11 politischen Mehrheitsverhältnissen schwierig zu erreichen ist, andererseits gibt es die im  
12 Text angeführte volkswirtschaftliche Berechnung Werner Vontobels welche zeigt, dass dem  
13 Arbeitsmarkt mit einer 25h Woche praktisch kein Arbeitsvolumen entzogen würde.

14  
15 Die Frage, mit welcher Forderungs-Formulierung am meisten für die Frauen\* in der Schweiz  
16 erreicht werden, ist abhängig von der Wahl der Taktik und der Strategie, wozu es ebenfalls  
17 verschiedene Positionen gibt.

18  
19 Aus diesen Gründen sind wir der Ansicht, dass diese Diskussion durch die Mitglieder geführt  
20 und die Entscheidung an der Mitgliederversammlung gefällt werden soll."

21  
22  
23 **A-18;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
24 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
25 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
26 (SP Frauen\* St. Gallen): **Ergänzung**

27  
28 **Antrag:** ...Reduktion der Erwerbsarbeit auf 25 Stunden pro Woche bei gleichbleibendem  
29 Lohn für Männer\* und Frauen\* alle.

30  
31 *Begründung: Alle Menschen sollten 25 Stunden pro Woche arbeiten dürfen, wenn sie das*  
32 *wollen, nicht nur Frauen\* und Männer\*.*

33 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme:  
34 25 Stunden als neue Normalarbeitswoche bei gleichbleibendem Lohnniveau für Männer\*  
35 und Frauen\*

36  
37 **Begründung:** Eine offene Formulierung "...für alle" ist zu unbestimmt. Kinderarbeit wollen  
38 wir nicht!

39  
40  
41 Die Forderung nach Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn ist für die  
42 Arbeiter\*innenschaft historisch gesehen von grosser Wichtigkeit. Wer entscheidet, wie lange  
43 und wofür wir arbeiten, und was gilt als Arbeit? Bestimmt das der Markt oder wir Menschen  
44 selbst? Mit weniger Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen ändern sich konkret die  
45 materiellen Lebensbedingungen der Menschen. Das ist die Basis dafür, dass weitergehende

1 Veränderungen, wie etwa eine stärker gemeinschaftlich-kooperative anstatt privat-  
2 kompetitive Organisation, überhaupt kollektiv erdacht und angegangen werden können.  
3 So hat die 2. Internationale 1889 in Gedenken an die Chicagoer Arbeitskämpfe von 1886 für  
4 den 8 Stunden-Tag den 1. Mai zum Kampftag der Arbeiter\*innenbewegung ausgerufen.  
5 Nebst der Arbeiter\*innenbewegung war es aber auch immer wieder die feministische  
6 Bewegung, die eine starke Reduktion der Erwerbsarbeit forderte. Dies nicht zuletzt weil  
7 diese Feministinnen\* erreichen wollten und wollen, dass auch die Reproduktionsarbeit als  
8 Arbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird. Nach der Nichtwahl von Christiane  
9 Brunner 1993 ging denn auch eine SP Frauen\*-Arbeitsgruppe «Neuverteilung der Arbeit»  
10 davon aus, dass das nun seit neuem in der Verfassung festgehaltene «Recht auf Teilhabe  
11 an der Erwerbsarbeit» heissen muss, die bezahlte und unbezahlte Arbeit sei ganz neu zu  
12 verteilen. Der Vorschlag dieser Arbeitsgruppe rechnet vor, dass eine gerechte Verteilung  
13 von bezahlter und unbezahlter Arbeit eine 25-Stunden-Woche erfordern würde, einen 5-  
14 Stunden-Erwerbsarbeits-Tag für alle.<sup>25</sup> Davon sind wir weit weg: Seit den 1960er Jahre hat  
15 sich die Produktivität in der Schweiz verdoppelt. Die Arbeitszeiten hingegen sind zum Teil  
16 sogar gestiegen. Dabei würde eine Arbeitszeitreduktion dem Arbeitsmarkt gar nicht  
17 Arbeitsvolumen entziehen, sondern es auf demselben Stand belassen. So wurden 2006 in  
18 der Schweiz 6.46 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Verteilt auf die 4.6 Millionen 20- bis 65-  
19 jährigen Menschen in der Schweiz macht das 1404 Jahresstunden, das heisst 29  
20 Wochenstunden bei 48 Arbeitswochen. Seit 2006 ist die Produktivität noch einmal  
21 gestiegen, womit es bei 25 Stunden Erwerbsarbeit pro Woche und Kopf beim gleichen  
22 Arbeitsvolumen bleibt.<sup>26</sup> Wieso ist das so? Weil eine solche Verteilung der verschiedenen  
23 gesellschaftlich notwendigen Arbeiten eine fast vollständige Beteiligung beider Geschlechter  
24 am Arbeitsmarkt zur Folge haben wird und somit dem oft beklagten Fernbleiben gut (aus-  
25 )gebildeter Schweizer Frauen\* vom Arbeitsmarkt entgegenwirkt. Zusätzlich zu dieser  
26 volkswirtschaftlichen Relevanz bringt eine 25 Stunden Erwerbsarbeits-Woche auch allen  
27 Menschen genügend Zeit und Gelegenheit sich neben der Erwerbsarbeit an den anderen  
28 gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, insbesondere auch der Care-Arbeit, zu beteiligen.  
29  
30

### 31 - *Bezahlung von Care-Arbeit*

32 Es genügt aber nicht, nur den radikalen Wandel anzustreben. Frauen\* sind heute und täglich  
33 benachteiligt und haben es jetzt schon verdient, eine kontinuierliche Verbesserung ihrer  
34 Lebensumstände zu erfahren. Ein erster Schritt dahin kann sein, sie für die bisher völlig  
35 unbezahlte und damit in unserer Gesellschaft auch nicht anerkannte Care-Arbeit zu  
36 bezahlen. Ein Beispiel wie das geschehen kann ist die Anerkennung der sog.  
37 Erziehungsgutschriften bei der AHV-Renten-Berechnung, welche jedoch aktuell viel zu klein  
38 ausfällt und zu spät kommt. Weiter ist es notwendig, die bezahlte Care-Arbeit fair zu  
39 entlohnen. Arbeitgeber\*innen müssen dringend die Löhne erhöhen und die  
40 Arbeitsbedingungen verbessern und genügend Personal einstellen. Der Staat muss  
41 verhindern, dass ganze Berufe einem neoliberalen Dogma unterworfen werden, das nur auf  
42 Kosten der Arbeitskräfte umsetzbar ist. Die Gewerkschaften müssen endlich ernsthafte  
43 Versuche unternehmen zusammen mit den Arbeitnehmer\*innen Verbesserungen herbei zu  
44 führen. Der Staat muss notwendige zukunftsgerichtete Investitionen leisten, um qualitative  
45 hochwertige Arbeitsplätze einzurichten, die für die Gesellschaft unabdingbar sind.

---

<sup>25</sup> Olympe (1995)

<sup>26</sup> Werner Vontobel (2008): 25 Stunden sind genug. Zeitpunkt (95), S. 27.

1  
2 - *Investitionen des Staates die Betreuung von Kindern und Angehörigen*  
3 Ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist in der Schweiz vergleichsweise teurer als in anderen  
4 europäischen Ländern. Sie ist somit eine starke Belastung für die Familieneinkommen.  
5 Gleichzeitig sind, wegen der zu geringen Beteiligung des Staates, die Löhne der Kita-  
6 Angestellten niedrig, zusätzlich wird sehr viel Arbeit von Praktikant\*innen geleistet und die  
7 Arbeitsbedingungen der Angestellten kommen zusehends unter Druck. Kinderbetreuung und  
8 Pflege von Kranken und Abhängigen ist aber keine Privatsache, sondern Aufgabe der  
9 Gesellschaft, sie sollte eigentlich wie die Schule, eine öffentliche Aufgabe sein – zu  
10 mindestens sollten die Tarife massiv gesenkt werden. Es braucht ebenso Massnahmen, um  
11 die Betreuung von Angehörigen zu erleichtern und die Angehörigen zu entlasten. Dies  
12 könnte in Form von Betreuungsgutschriften und Betreuungsurlauben erfolgen.  
13 Gezielte Investitionen in den Care-Sektor helfen nicht nur, Geschlechterungerechtigkeiten im  
14 Privaten zu lösen, sie fördern zudem die Erwerbsintegration der Frauen\* und sind eine  
15 zielführende wirtschaftspolitische Massnahme. Eine Studie des Internationalen  
16 Gewerkschaftsbundes aus dem Jahr 2016 belegt, dass Investitionen in den Care-Sektor ein  
17 wirkungsvolles Instrument sind, Arbeitsplätze zu schaffen. Bereits Investitionen in der Höhe  
18 von 2% des BIP haben in 7 Ländern mehr als 21 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.<sup>27</sup>  
19 Investitionen in den Care-Bereich sind zudem die richtige Antwort auf die kommenden  
20 demographischen Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft mit erhöhtem  
21 Pflegebedarf.

22  
23 - *Lohnleichheit herstellen*  
24 **Lohnleichheit muss hergestellt werden.** Es müssen vom Staat Voraussetzungen dafür  
25 geschaffen werden, dass unerklärbare Lohnunterschiede verschwinden. Daher ist eine  
26 Lohntransparenz unumgänglich. Ausserdem fordern wir den Staat auf, Unternehmen auf  
27 **Lohntransparenz zu kontrollieren.**

28 **A-19 und A-20;** Tamara Funiciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP  
29 Frauen\* BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati  
30 (SP Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea  
31 Scheck (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

32  
33 **Antrag A-19:** - *Lohnleichheit herstellen jetzt!*

34  
35 *Begründung: Wir finden die Neuformulierung griffiger, weil es aufzeigt, dass die*  
36 *Lohnleichheit auf dem Papier eigentlich schon beschlossen wurde, und jetzt auch endlich*  
37 *faktisch durchgesetzt werden soll.*

38  
39 **Antrag A-20:** Die Lohnleichheit muss endlich umgesetzt hergestellt werden. Es müssen  
40 vom Staat Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass unerklärbare Lohnunterschiede  
41 verschwinden. Daher ist eine Lohntransparenz unumgänglich. Ausserdem fordern wir den  
42 Staat auf, Unternehmen auf Lohntransparenzgleichheit zu kontrollieren und entsprechende  
43 Sanktionen umzusetzen.

44  
45 *Begründung: Weil die gesetzliche Lohnleichheit seit Jahren schon in der Verfassung steht,*  
46 *faktisch aber nicht existiert, halten wir es für berechtigt, Sanktionen gegen Verstösse dieses*

<sup>27</sup> <http://www.ituc-csi.org/investieren-in-die?lang=de>. Abgerufen am 10.07.2017

1 Verfassungsartikels zu verhängen. In unseren Augen genügen alleinige Kontrollen nicht.

2  
3 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme beide Anträge

4  
5  
6 - *Elternzeit/-urlaub genügend und gleich für alle!*

7 Eine Elternzeitversicherung muss über die 14 Wochen Mutterschaftsurlaub hinausgehen  
8 und darf diesen nicht antasten. Im Minimum sollen Eltern über **24** zusätzliche Wochen  
9 verfügen, **die sie gemeinsam aufteilen können**. Zudem haben alle Elternteile nach der  
10 Elternzeit einen Anspruch auf Weiterführung ihrer bisherigen Stelle mit tieferen  
11 Stellenprozenten. Wir fordern überdies einen verstärkten Kündigungsschutz für Eltern, die  
12 nach der Geburt an den Arbeitsplatz zurückkehren.

13 **A-21;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
14 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
15 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
16 (SP Frauen\* St. Gallen): **Änderung**

17  
18 **Antrag:** *Im Minimum sollten Eltern über 24 50 zusätzliche Wochen verfügen, die sie zum*  
19 *grössten Teil gemeinsam aufteilen können*

20  
21 *Begründung:* *Ländern wie Schweden besitzen 480 Tage Elternzeit. Daher muss, in unseren*  
22 *Augen, die Minimalforderung auf dem gleichen Niveau (also bei 50 zusätzlichen Wochen)*  
23 *liegen und nicht darunter. Weiter zeigt die Erfahrung, dass der Vater nach kurzer Zeit wieder*  
24 *arbeiten geht und die Mutter tendenziell eher zuhause bleibt. Um dies zu verhindern muss*  
25 *die Zeit aufgeteilt werden.*

26 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

27 Im Minimum sollten Eltern über 50 Wochen zusätzliche Wochen verfügen, **die sie je zur**  
28 **Hälfte beziehen müssen.**

29 **Begründung:** Ohne diese Vorgabe wird in den meisten Fällen die Frau\* mehrheitlich länger  
30 zu Hause bleiben. Wenn man aber will, dass die Betreuung(-kosten) gleichmässig aufteilt  
31 werden, braucht es von Anfang an, diese klare Vorgabe.  
32

33  
34  
35 - **Stärkung der AHV: Verdreifachung der Altersrenten für Frauen\***

36 Zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen\* ist eine Verdreifachung der Altersrenten für  
37 Frauen\* in der AHV nötig. Über ein Drittel aller rentenberechtigten Frauen\* sind alleine auf  
38 die AHV angewiesen. Die durch die Erziehungsgutschriften eingeschlagene Richtung sollte  
39 weiter ausgebaut werden und die Anerkennung gesellschaftlich notwendiger Arbeit bei der  
40 Erziehung und Betreuung sollten reale und spürbare Verbesserungen der Altersrenten zur  
41 Folge haben.

42 **A-22;** Ursula Nakamura: **Generelle Formulierung/ ausgleichende Gerechtigkeit**

43  
44 **Antrag:** *Neue Formulierung: Substanzielle Erhöhung der AHV-Renten für Frauen\**

1  
2 *Begründung: Diese Forderung ist zu wenig differenziert, denn damit erhalten gutverdienende*  
3 *Frauen mit einer maximalen Einzelrente neu 3 x CHF 2'350= CHF 7'050, jene Frau*  
4 *hingegen mit der minimalen Rente von CHF 1'170 nur 3x CHF 1'170= CHF 3'510. Da fehlt*  
5 *leider die gewünschte ausgleichende Gerechtigkeit völlig.*  
6

7 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme mit neuer Formulierung:

8 - Stärkung der AHV: Substanzuelle Erhöhung der Altersrenten hin zur

9 Existenzsicherung:

10 Zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen\* ist eine substanzuelle Erhöhung der  
11 Altersrenten in der AHV nötig. Über ein Drittel aller rentenberechtigten Frauen\* sind alleine  
12 auf die AHV angewiesen. Daher muss die AHV existenzsichernd sein. Die durch  
13 Erziehungsgutschriften.....

14  
15 **Begründung:** Eine generelle Verdreifachung aller Rente für Frauen\* führt in der Tat nicht  
16 zur gewünschten Gerechtigkeit. Wichtig ist der Geschäftsleitung jedoch die  
17 Existenzsicherung durch die AHV – und zwar für alle: Frauen\* und Männer\*. Mit der neuen  
18 Formulierung wird dies entsprechend eingefordert.  
19

20  
21 **A-23; Rebekka Wyler (SP Erstfeld): Streichung**

22  
23 Antrag: Streichen der Forderung nach Verdreifachung der Frauen-Altersrenten.

24  
25 Begründung: Abgesehen davon, dass wir zuerst die Resultate der Abstimmung vom 24.  
26 September abwarten sollten, ist diese Forderung unrealistisch und auch keine gute Lösung  
27 für das Problem der Frauenarmut im Alter. Die AHV lebt seit Anbeginn davon, dass alle  
28 einzahlen und alle etwas ausbezahlt erhalten. So ist es auch möglich, dass im Rahmen der  
29 AHV eine beachtliche Umverteilung von oben nach unten (ausnahmsweise!) stattfindet. Dies  
30 wird mit einer solchen Forderung gefährdet.  
31

32 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung zu Gunsten modifizierte Annahme Antrag  
33 Nakamura

34  
35  
36 **A-24; Margrit Blaser (SP Frauen\* Kanton St. Gallen): Ersetzung der Forderung**

37  
38 **Antrag:** *Dieser Antrag streichen und durch die Forderung: „Bekämpfung des Armutsrisiko*  
39 *der Frauen“ zu ersetzen. Die Forderung muss neu formuliert werden.*  
40

41 *Begründung: Die Forderung nach der Verdreifachung der Altersrenten wirkt etwas spontan*  
42 *und „pseudoprovokativ“. Hinter einer Verdreifachung der Renten ist kein Konzept erkennbar.*  
43 *Es könnte genauso gut die Verfünffachung der Altersrenten gefordert werden. Die Erhöhung*  
44 *der Altersrenten gilt für alle Frauen, ob vermögend oder arm.*

45 *Das Risiko der Armut betrifft nicht einzig die alten Frauen. Die Armutsrisiken der*  
46 *Alleinerziehenden und der Frauen ohne Ausbildung sind nachweisbar bekannt. Vor diesem*  
47 *Hintergrund fordern wird die Bekämpfung des Armutsrisikos der Frauen.*

1  
2 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung, Annahme modifizierter Antrag Nakamura  
3  
4

5 - *Rechtliche Gleichbehandlung unabhängig vom Zivilstatus*

6 Die patriarchale Logik einer auf traditionellen Familien-Haushalte ausgerichteten Analyse  
7 des sozialen und wirtschaftlichen Lebens spiegelt sich auch in der Besteuerung und der  
8 Rentenberechnung wieder. Ausgehend von der Vorstellung der Frau\* als ökonomischen  
9 Anhängsels des Mannes\* werden Frauen\*einkommen zum „Familieneinkommen“ aufaddiert.  
10 Das erhöht die ökonomische Abhängigkeit von Frauen\* in Paarbeziehungen und führt zu  
11 vielen verschiedenen Ungerechtigkeiten. Jede und jeder Erwachsene sollte in Zukunft  
12 unabhängig von Zivilstatus und Geschlecht gleich behandelt werden. Die SP Frauen\*  
13 unterstützen daher die Forderung nach der Individualbesteuerung. Sie ist die im Moment  
14 einfachste Methode, um Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu  
15 besteuern. Sie ist zudem zivilstandsunabhängig und für alle Menschen gleich. Der heutige  
16 Zweitverdienerabzug ist Ausdruck eines patriarchalischen Systems und dient dazu, Frauen\*  
17 von der Erwerbsarbeit abzuhalten. Zudem sollen die heutigen Kinderabzüge durch  
18 Kindergutschriften ersetzt werden, weil durch das heutige System vor allem hohe  
19 Einkommen belohnt werden.  
20

21 - *Stärkung der Feministischen Ökonomie*

22 Feministische Ökonomie in der Wirtschaftswissenschaft muss gefördert werden. Bisher  
23 werden die Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems auf Frauen\* nur von wenigen  
24 Einzelkämpfer\*innen untersucht. Wirtschaftsreformen werden von Männern\* erdacht,  
25 umgesetzt und ausgewertet. Das negiert die Erfahrungen auf 50% der Bevölkerung und die  
26 Auswirkungen auf ebendiese. Wenn wir ein Wirtschaftssystem wollen, dass für alle Gerecht  
27 ist, müssen alle in der der Gesellschaft am Wirtschaftssystem beteiligten gleichwertig gehört  
28 werden und mitgestalten. Nur darüber können Machtgefälle, die im bisherigen System  
29 verankert sind und zu den massiven hier genannten Ungerechtigkeiten führen, früh erkannt  
30 und entgegen gesteuert werden.  
31

32 **A-25:** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
33 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
34 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
35 (SP Frauen\* St. Gallen): **zusätzliche Forderung**

36  
37 **Antrag:**

38 - *Stärkung von Frauen\* in der Politik*

39 Noch immer sind Frauen\* in der Politik massiv untervertreten und Parlamente von alten  
40 Männern dominiert. Wir fordern für Gremien wie zum Beispiel den Bundesrat eine gesetzlich  
41 festgelegte Frauen\*quote von 50% bzw. einem Wert, der 50% so nah wie möglich kommt.  
42 Ausserdem gilt es sowohl von sämtlichen Parteien, also auch von staatlicher Seite, den Wert  
43 von Frauen\* in der Gesellschaft anzuerkennen und sie entsprechend für Politik zu  
44 sensibilisieren und zu motivieren.  
45

1 Begründung: Frauen\* sind die grösste strukturell diskriminierte Gruppe in unserer  
2 Gesellschaft. Daher stehen wir, unserer Meinung nach, in der Pflicht, aktiv Frauen\*förderung  
3 zu betreiben.

4

5 **Antrag der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme:

6 - Stärkung von Frauen\* in der Politik

7 Noch immer sind Frauen\* in der Politik massiv untervertreten und Parlamente von alten  
8 Männern dominiert. Wir fordern eine gesetzlich festgelegte Frauen\*quote von mindestens 40  
9 Prozent im Bundesparlament, dem Bundesrat, der Verwaltung und am Bundesgericht.  
10 Ausserdem gilt es für alle Beteiligten in der Politik, den Wert von Frauen\* in der Gesellschaft  
11 anzuerkennen und sie entsprechend für Politik zu sensibilisieren und zu motivieren.

12

13 **Begründung:** Dies entspricht der Forderung der von der SP unterstützten Quoteninitiative,  
14 sie will eine Quote nicht nur im Bundesrat, sondern auch im Parlament, Verwaltung und  
15 Bundesgericht. Politische Macht findet nicht nur im Bundesrat statt, und das Problem der  
16 mangelnden Vertretung ebenfalls.

17 Man könnte sich sogar überlegen, die Forderung nicht nur auf die Bundesebene zu  
18 beschränken

# 1 Sexismus in der heutigen Gesellschaft: Offene und 2 versteckte Unterdrückung

## 3 **A-26; Ursula Nakamura: Rückweisung und Überarbeitung des Kapitels**

4  
5 **Antrag:** Rückweisung des ganzen Kapitels Sexismus. Das ganze Kapitel muss substantiell  
6 überarbeitet werden.

7  
8 **Begründung:** Im ganzen Kapitel finden sich etliche Passagen, welche inhaltlich ungenau  
9 sind. Zudem müsste das ganze Kapitel grundsätzlich besser strukturiert werden.

10  
11 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

12  
13 **Begründung:** Das Kapitel «Sexismus» ist ein wichtiger Bestandteil dieses Positionspapiers,  
14 welches im Oktober der Delegiertenversammlung der SPS zur Verabschiedung vorgelegt  
15 wird. Bis zur DV der SPS gäbe es für die SP Frauen\* keine Möglichkeit mehr, ein  
16 überarbeitetes Kapitel zu diskutieren und zu verabschieden. Zudem bleibt bei diesem Antrag  
17 unklar, was genau überarbeitet werden müsste und wo die Ungenauigkeiten liegen.

18  
19  
20 Begegnen wir einem Menschen, so glauben die meisten von uns sofort zu erkennen, dass  
21 es sich um einen Mann\* oder eine Frau\* handelt. Wir leben in einer Gesellschaft mit einem  
22 Geschlechtersystem, in dem nach der Geburt einem Neugeborenen sofort ein Geschlecht  
23 (Junge\* oder Mädchen\*) zugewiesen wird, meist aufgrund der primären Geschlechtsorgane.  
24 Dies nennt die Geschlechterforschung «Sex». Auf diese Zuordnung folgt dann die  
25 entsprechende lebenslange Sozialisierung einer Person, entsprechend der  
26 geschlechtsspezifischen Erwartungen an das jeweilige Sex. Dieses soziale Geschlecht wird  
27 auch «Gender» genannt. Unser Handeln richtet sich demnach nur nach dem Sex und nicht  
28 nach dem Gender einer Person. Unsere Gesellschaft basiert so grundlegend auf dieser  
29 Unterscheidung von Mann\* und Frau\*, dass wir sie überall in unserem alltäglichen Leben  
30 wiederfinden und als Person danach gemessen und beurteilt werden. Sexismus ist also  
31 omnipräsent und trotzdem oft genau in dieser Alltäglichkeit unerkennbar – sowohl für  
32 Betroffene wie auch für Ausübende.

## 34 Sexismus ist Herrschaft

35 Sexismus ist ein Unterdrückungsmittel, das eng verknüpft ist mit den Machtverhältnissen  
36 und auf einer Unterscheidung der Geschlechter beruht. Seit dem 19. Jahrhundert und dem  
37 Übergang zur Industrie- und kapitalistischen Gesellschaft ist Sexismus nicht mehr nur ein  
38 Nebeneffekt, sondern (wie im Kapitel zur Ökonomie besprochen) ein profitabler Baustein  
39 des Systems. So sind geschlechtsspezifische Unterschiede von Lohn über Berufswahl bis  
40 hin zur Reproduktionsarbeit sehr gewinnbringend: Frauen\* sind billige Arbeitskräfte, arbeiten  
41 oft Teilzeit und sind damit flexibel einsetzbar, sie leisten den Grossteil der unbezahlten Care  
42 Arbeit und erhalten somit die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung aufrecht, und sie springen  
43 überall dort in die Bresche, wo Staat und Service Public unzureichend sind.

1 Die Frage, ob das wirtschaftliche Interesse am Sexismus oder der Sexismus selber zuerst  
2 da waren, ist wie die Frage nach dem Huhn oder dem Ei kaum zu beantworten. Tatsache ist,  
3 dass beides sich heute wechselwirkend beeinflusst: Frauen\* werden als emotional, weich  
4 und für harte Arbeit nicht geeignet wahrgenommen; Männer\* als stark, hart und rational  
5 charakterisiert. Typische Frauen\*berufe wie Pflege werden also als «natürlich», da den  
6 Frauen\* naheliegend, gesehen, wodurch sich auch eine tiefere Bezahlung und  
7 Geringschätzung rechtfertigt – denn die Frauen\* machen ja sowieso nur das, was sie von  
8 Natur aus können und das gerne gratis und aus Liebe. Dadurch folgt eine Bewertung der  
9 Rollenbilder: Männlichkeit\* ist gewinnbringend und Weiblichkeit\* ist schön und nett, aber  
10 ultimativ unnütz. Dies wiederum beeinflusst die Wahrnehmung der Geschlechter als  
11 fundamental unterschiedlich. Diese Unterscheidung und Bewertung wird dann in allen  
12 Bereichen reproduziert.

13 Gleiches Verhalten wird unterschiedlich beurteilt, je nachdem ob es von einer Frau\* oder  
14 einem Mann\* ausgeübt wird. Wenn eine Frau\* in einer Führungsposition zielstrebig ist, so  
15 wird sie als unnahbar oder zu männlich\* beurteilt; verhält sich jedoch ein Mann\* so, gilt er  
16 führungsstark. Eine Frau\* wiederum, die in der gleichen Position kommunikativer ist, mehr  
17 Wert auf ein gutes Arbeitsumfeld legt, ist schnell entscheidungsunfreudig und zu schwach  
18 für diese Position. Als Frau\* kann man es also selten recht machen, die moralischen  
19 Auflagen und der Druck der Gesellschaft speziell auf Frauen\*; aber auch andere Menschen,  
20 die aus der Rolle ausbrechen, einer Norm zu entsprechen, ist riesig.

21 Diese Norm wird mitunter geschaffen über Sprache und die Art, wie über Geschlecht  
22 gesprochen wird. Denn unser alltägliches Werkzeug zum Erkennen und Verstehen der Welt  
23 beeinflusst, wie wir diese begreifen können und formt dadurch unsere Denkstrukturen von  
24 Kindsbeinen an. Im deutschen und romanischen Sprachraum sind wir dabei unser Leben  
25 lang mit einer nicht-geschlechtergerechten Sprache konfrontiert; denn die  
26 geschlechtsindefinite Form ist in unserer Sprache immer die männliche\* Form, also das  
27 generische Maskulinum. Dadurch werden Frauen\* in unserer Sprache ganz direkt  
28 unsichtbar, unbenannt und sprachlich ausgeschlossen. Dabei gilt es als wissenschaftlich  
29 erwiesen, dass eine Sprache, bei der Frauen\* im Rahmen des generischen Maskulinums  
30 nur "mitgemeint" sind, die Frauen\* ganz real nicht «mitgedacht» werden<sup>28</sup> – dennoch ist die  
31 gendergerechte Sprache noch immer wenig verbreitet. Breite Massen der Gesellschaft  
32 zeigen sich ungewillt, ihre Sprache und ihr Denken anzupassen, denn beides ist ein  
33 Herrschaftsmittel, um den sexistischen und veralteten Status Quo aufrecht zu erhalten.  
34 Dieser Status Quo beeinflusst aber nicht nur unsere soziale Rolle und unsere  
35 Denkstrukturen; er wird für marginalisierte Gruppen wie Frauen\* ganz real gefährlich und hat  
36 oft fatale Folgen. Denn die gesellschaftliche Prägung von Männlichkeit\* als dominante  
37 Stärke und Weiblichkeit\* als devote Schwäche macht nicht vor dem Privatleben halt. Sie  
38 resultiert viel mehr in einem Machtgefälle, welches oft ökonomisch und sozial ist, und sich  
39 nicht selten in Gewalt ausdrückt.

40 Sei es häusliche, verbale, sexualisierte oder andere Formen von Gewalt, Fakt ist: fast jede  
41 Frau\*<sup>29</sup> wird in ihrem Leben mit dieser Gewalt konfrontiert. Und dennoch ist sie ein

---

<sup>28</sup> <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.gleichberechtigung-in-der-sprache-nur-wer-von-frauen-spricht-meint-sie-auch.39a3ca8e-d760-4eac-a9ad-c50ca1e64966.html>

<sup>29</sup> Frauen\* werden heute 3.1-mal häufiger Opfer von Gewalt in Paarbeziehungen als Männer\* (Bundesamt für Statistik (2012): Polizeilich registrierte häusliche Gewalt. Übersichtspublikation. Bern: BFS), und es besteht bei Frauen\* eine doppelt so grosse Gefahr, dass sie im Zuge der häuslichen Gewalt getötet werden (Bundesamt für Statistik, Isabel Zoder, Gabriela Maurer. 2006. Tötungsdelikte. Fokus häusliche Gewalt - Polizeilich registrierte Fälle 2000-2004. Neuchâtel). 39.4%, also zwei von fünf Frauen\*, werden mindestens einmal in ihrem

1 Tabuthema. Betroffene erleben eine Stigmatisierung, extreme Skepsis oder Victim Blaming,  
2 d.h. es wird ihnen vorgeworfen, sie seien selber schuld, dass sie Gewalt erfahren oder sie  
3 hätten diese mit ihrem Verhalten gar provoziert. Glauben geschenkt wird in vielen Fällen nur,  
4 wenn sie in ein vereinfachtes schwarz-weiss Schema passen, zum Beispiel, wenn der Täter  
5 ein Fremder mit Migrationshintergrund ist, wobei dann natürlich für die Erfahrungen und  
6 tatsächlichen Wünsche der betroffenen Person kein Platz mehr bleibt. Für Männer\*, die  
7 Opfer von Gewalt wurden, hat es in dieser Logik ebenfalls keinen Raum; sie fallen in die  
8 Unterreportage und Dunkelziffer.  
9 Dabei ist die offene Gewalt aber nur die Extremform. Eine Hand am Hintern, ein anzüglicher  
10 Kommentar, ein Pfiff, ein Nachlaufen, eine ungewollte Berührung: Grenzüberschreitungen  
11 gegenüber Frauen\* sind banaler Alltag. Dabei schwingt gerade auf Seiten der Frauen\*  
12 immer das Wissen um Fälle mit, bei denen solche Grenzüberschreitungen zu Gewalt  
13 führten. Also akzeptiert man die unangenehme Situation und sagt lieber nichts; denn die  
14 Drohungen sind implizit, und sie werden aktiv dazu genutzt, Frauen\* „an ihren Platz zu  
15 verweisen“ und sie als Subjekte zu missachten. Widerspruch kann gefährlich sein.

## 16 Konsequent intersektional

17 Eine Ideologie, welche die Unterdrückung, Ausbeutung und Geringschätzung von  
18 Weiblichkeit\* reproduziert, bedingt einen inhärenten, unüberwindbaren Unterschied  
19 zwischen den Geschlechtern. Wenn die Geschlechter nämlich gleichwertig oder gar fluid  
20 wären, wäre eine sexistische Trennung ja nicht mehr möglich.  
21 Diese Binarität wird uns in der Gesellschaft überall vermittelt: Von Kinderspielzeug über  
22 Toiletten bis hin zu unserem Pass - alles muss in Mann\* und Frau\* einteilbar sein.  
23 Menschen, die dem ihnen zugeordneten Geschlecht und dem dazugehörigen Rollenbild  
24 nicht entsprechen, haben soziale Ächtung und oft auch Gewalt zu befürchten. Dies betrifft  
25 vor allem die LGBTQIA-Community<sup>30</sup>: Homosexualität an sich ist bereits eine Abweichung  
26 von der vorherrschenden sozialen Erwartung intergeschlechtlicher Beziehungen, während  
27 Trans\*menschen<sup>31</sup> dann offen mit der Zwei-Geschlechter-Logik brechen. Dadurch bringen  
28 sie die Frage der Konstruktion der Kategorien «Mann\*» und «Frau\*» auf das politische  
29 Parkett.  
30 Wir begrüßen das, denn weder auf der sozialen noch auf der biologischen Ebene entspricht  
31 Geschlechterbinarität der Realität. Soziokulturell ist längst klar, dass Gender kein  
32 gottgegebener Fakt, sondern eine Mischung aus Kultur und subjektivem Identitätsleben ist,  
33 die sich in uns entwickelt und dadurch nicht in Kategorien stopfen lässt. Aber auch auf der  
34 biologischen Ebene greift die binäre Einteilung zu kurz. So trägt ein beachtlicher Anteil der  
35 Weltbevölkerung Kombinationen unterschiedlicher biologischer Geschlechtscharakteristiken,

---

Erwachsenenleben Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt (Killias Martin, Simonin Mathieu et.al. 2004. Violence experienced by women in Switzerland over their lifespan. Results of the International Violence against Women Survey. Lausanne).

<sup>30</sup> Lesben, Gays/Schwule, Bisexuelle, Trans\*-Menschen, Queers, Intersexuelle und Asexuelle

<sup>31</sup> Trans\* ist ein Oberbegriff für zahlreiche Selbstbezeichnungen für Personen, bei denen die subjektive Geschlechtsidentität nicht mit dem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht übereinstimmt. Das Pendant dazu nennt sich «Cis».

1 teilweise ohne sich dessen bewusst zu sein<sup>32</sup>, und die biologischen Unterschiede innerhalb  
2 einer Geschlechtsgruppe sind sogar oft signifikanter als jene zwischen den Gruppen.<sup>33</sup>  
3 Um einen Feminismus zu vertreten, der wirklich alle Frauen\* mitnimmt, dürfen wir uns also  
4 nicht weiter nur mit der unterschiedlichen Behandlung von Cis Frau und Cis- Mann  
5 befassen. Unser Ziel muss es sein, für die Gleichstellung aller Geschlechter zu kämpfen und  
6 dabei die Binarität klar zu dekonstruieren, um die Vielfältigkeit der Geschlechter und der  
7 sexuellen Identitäten zu ermöglichen. Jeder Mensch sollte die Freiheit haben, sich in jedem  
8 Geschlecht, mehreren Geschlechtern oder auch in keinem Geschlecht zu definieren. Dies  
9 bedeutet für uns in der Folge, dass wir auch Trans\*-Frauen in unseren Feminismus  
10 einbeziehen und sie in die SP Frauen\* einladen möchten. Denn sie werden nicht nur wie wir  
11 als Frauen\* unterdrückt, es trifft sie zusätzlich Trans\*feindlichkeit, und somit eine  
12 Mehrfachdiskriminierung.  
13 Und so geht es vielen Menschen. Sie werden vom Patriarchat mehrfach unterdrückt. Dabei  
14 geht es längst nicht nur um sexuelle Ausrichtung und Geschlecht, sondern auch um  
15 Menschen mit Migrationshintergrund, mit psychischen Krankheiten, um Menschen, die den  
16 Schönheitsidealen entsprechen, um Menschen mit Behinderung. Denn auch wenn die  
17 Gesellschaft heute vorgibt, divers und offen zu sein, hindern verschiedenste  
18 Unterdrückungsmechanismen die Menschen daran, ein gleichberechtigtes und freies Leben  
19 zu führen.  
20 Dies macht unseren Feminismus intersektional: Wir erkennen, dass Menschen zu jedem  
21 Zeitpunkt von verschiedenen sozialen Erfahrungen betroffen werden. Sexismus,  
22 Klassismus, Rassismus, **Homo- und Trans\*feindlichkeit** wirken nicht unabhängig  
23 voneinander, sondern formen gemeinsam ein Unterdrückungssystem, in dem wir alle eine  
24 Rolle einnehmen.

25 **A-27**; Tamara Funicello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
26 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
27 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
28 (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

29  
30 **Antrag:** ..., Rassismus, ~~Homo- und Trans\*feindlichkeit~~ Queerfeindlichkeit wirken nicht ...

31  
32 *Begründung: Einerseits kann man Homo- und Trans\*feindlichkeit unter Queerfeindlichkeit*  
33 *einschliessen, zusätzlich gehen Bisexuelle und Pansexuelle etc. mit der Auflistung unter,*  
34 *obwohl auch diese Personen diskriminiert werden. Der Begriff «Queerfeindlichkeit» ist viel*  
35 *inklusiver und passt in unseren Augen daher besser in die Formulierung.*

36  
37 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

38  
39  
40 Als intersektionale Feministinnen verstehen wir, dass sich auch die  
41 Unterdrückungserfahrungen von Frauen\* unterscheiden, zum Beispiel je nach

<sup>32</sup> Fausto-Sterling, Anne (2000): The Five Sexes: Revisited. In: The Sciences, July/August. New York: New York Academy of Sciences, S. 18-23, zitiert nach Mikkola, Mari (2016): Feminist Perspectives on Sex and Gender. In: Stanford Encyclopedia of Philosophy. <http://plato.stanford.edu/entries/feminism-gender/> [zit. 05.06.17]

<sup>33</sup> Lorber, Judith (2011): Believing is Seeing: Biology as Ideology. In: Kimmel, Michael/Aronson, Amy/Kaler, Amy: The Gendered Society Reader. Toronto, ON: Oxford University Press. S. 568-581.

1 ökonomischen Mitteln, **Hautfarbe** oder Sexualität. Diese Erkenntnis macht unseren Kampf  
2 komplexer, aber auch stärker; sie macht unsere Bewegung zu derjenigen, die für die  
3 Befreiung aller Lebensformen kämpft, welche unter dem Patriarchat leiden und  
4 eingeschränkt werden.

5 **A-28**; Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
6 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
7 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
8 (SP Frauen\* St. Gallen): **Präzisierung**

9  
10 **Antrag:** *Ökonomische Mittel, ~~Hautfarbe~~ Haut- und Passfarbe oder Sexualität.*

11  
12 *Begründung: Nicht nur die Hautfarbe, sondern auch die Passfarbe kann Grundstein einer*  
13 *Diskriminierung sein (siehe SVP-Politik).*

14  
15 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

## 17 Für eine selbstbestimmte Sexualität

18 Sexistische Herrschaftsstrukturen und Unterdrückungssysteme normieren also unser  
19 ganzes Leben. Dies wirkt sich bis auf den innersten Kern unseres Privatlebens aus: Es wird  
20 normiert, **wie Frauen\* aussehen sollen, mit wem sie Beziehungen** haben sollen, und was in  
21 diesen Beziehungen passieren darf.

22 **A-29**; Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
23 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
24 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
25 (SP Frauen\* St. Gallen): **Ergänzung**

26  
27 **Antrag:** ..., wie Frauen\* aussehen sollen, wie sie sich zu verhalten haben, mit wem sie  
28 Beziehungen haben sollen, ...

29  
30 *Begründung: Gerade sehr viele Verhaltensformen gelten als „männlich“ oder „weiblich“,*  
31 *wenn sich Frauen\* nicht so verhalten wie sie sollen, geraten sie unter extremen*  
32 *gesellschaftlichen Druck.*

33  
34 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

35  
36  
37 Zentrum und scheinbar objektiver Bewertungspunkt ist dabei immer das männliche\*  
38 Verlangen. Von der Aufklärung über die Popkultur bis hin zu explizit erotischen Medien wie  
39 Pornos wird uns ein System eingeimpft, in dem Männer\* die Jäger und Frauen\* die Beute  
40 sind. Dabei herrscht eine Dualität: Einerseits erwartet man von Frauen\* einen verschämten  
41 Widerstand gegen die eigene Sexualität (ansonsten sind sie Schlampen), andererseits  
42 müssen sie ein sexuell zugängliches Objekt für den männlichen\* Orgasmus sein (ansonsten  
43 sind sie prüde oder man muss sie erobern). Vor allem aber muss die monogame,  
44 heterosexuelle Zweierbeziehung auf ihrer Prioritätenliste zuoberst stehen. Denn nur so kann

1 sie wiederum in die unbezahlte Reproduktionsarbeit geführt werden, die für den  
2 Kapitalismus so wichtig ist.  
3 Das Abweichen von diesen Normen wird, wie so oft, mit sozialen Sanktionen oder Gewalt  
4 bestraft. Frauen\*, die ihre Sexualität frei leben, werden oft mit der Warnung konfrontiert,  
5 dass sie sich so leichter zum Opfer sexualisierter Gewalt machen könnten. Frauen\*, die sich  
6 dem männlichen\* Verlangen entziehen (z.B. Lesben oder Asexuelle), werden entweder nicht  
7 ernstgenommen oder ihnen wird mit einer «Korrektur» gedroht. Der fehlende Respekt vor  
8 weiblichen\* Grenzen, der im Alltag beginnt, führt sich hier weiter und trägt in der  
9 sexualisierten Gewalt fürchterliche Blüten. Hier ist klar: Sexualisierte Gewalt ist niemals die  
10 Schuld der Betroffenen, sondern eine Folge eines gesellschaftlichen Machtgefälles und  
11 einer kollektiven Unfähigkeit, weibliche\* Autonomie zu respektieren.

12 **A-30**; Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
13 BS), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP  
14 Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich): **Ergänzung**

15  
16 **Antrag:** *Oder ihnen wird mit einer „Korrektur“ gedroht. Weiter werden Frauen\*, die mit*  
17 *Frauen\* Sex haben, die eigene Sexualität abgesprochen und gesagt, dass ihre Sexualität*  
18 *ohne einen Mann\* nicht existieren kann.*

19  
20 *Begründung:* *Gerade bei Frauen\* die mit Frauen\* Sex haben geht die Diskriminierung*  
21 *weiter, als nur nicht ernstgenommen werden, ihnen wird abgesprochen, eine eigene*  
22 *Sexualität zu haben, da sie dies doch nur mit Männer\* können. Der Frau\* wird oft eine*  
23 *eigene Sexualität abgesprochen, da sie als Lustobjekt der männlichen Sexualität gilt.*

24  
25 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung

26  
27 **Begründung:** Die Aussage wirkt antiquiert, pauschal und steht als Behauptung im Raum,  
28 nachher nicht präzisiert und/oder erklärt wird. Lesbische Frauen kämpfen zudem für eine  
29 selbstbestimmte Sexualität und eine gesellschaftliche Anerkennung von lesbischer Liebe.  
30 Den männlichen Blick auf lesbische Sexualität hier derart in den Vordergrund zu rücken,  
31 stellt auch die vielen feministischen Kämpfe für eine vielfältige weibliche Sexualität in den  
32 Schatten.

33  
34  
35 Stereotype und Rollenzuschreibungen zeigen sich auch im Bereich der  
36 Fortpflanzungsthematik. Nach wie vor tauchen rechtliche Diskriminierungen, aber auch  
37 gesellschaftliche Diskriminierungen auf in der Frage, wer das Recht hat, Kinder zu haben  
38 und wer nicht. Menschen, die nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen, immer wieder  
39 mit der Vorstellung konfrontiert sie sollen weniger Kinder haben. Schwule, Lesben,  
40 Trans\*menschen, aber auch sozial Schwächere werden kritisch beäugt und das Kindwohl  
41 in Frage gestellt. Wer Kinder möchte, sollte sich das schon leisten können und möglichst  
42 «normal» leben.

43 **A-31**; Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
44 BS), Nina Hüsler (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
45 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
46 (SP Frauen\* St. Gallen): **Ergänzung**

47

1 *Antrag: „normal“ leben. Eine Frau\* darf jedoch auch nicht keine Kinder haben. So werden*  
2 *Frauen\*, die keine Kinder wollen, als egoistisch bezeichnet und auch Sterilisationen sind für*  
3 *Frauen\* ohne Kinder so gut wie unmöglich.*

4  
5 *Begründung: Nicht nur wer Kinder haben darf wird gesellschaftlich reguliert, auch wer sie*  
6 *nicht haben darf. Frauen\* die den Wunsch äussern keine Kinder zu wollen müssen sich*  
7 *tausendfach dafür rechtfertigen und werden mit ihrem Wunsch auch nicht ernstgenommen.*

8  
9 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Teil-Annahme (Streichung letzter Satzteil)

10 Eine Frau\* darf jedoch auch nicht keine Kinder haben. So werden Frauen\*, die keine Kinder  
11 wollen, als egoistisch bezeichnet. ~~und auch Sterilisationen sind für Frauen\* ohne Kinder so~~  
12 ~~gut wie unmöglich.~~

13 **Begründung:** Die GL ist nicht der Meinung, dass Sterilisationen für Frauen\* - egal ob mit  
14 oder ohne Kind – besonders wünschenswert sind, da sie nur mit einem irreversiblen Eingriff  
15 in den Körper möglich sind.

16  
17 Verhütung wiederum ist dann trotzdem meist Frauen\*sache: hormonelle Verhütungsmittel  
18 werden fast ausschliesslich bei Frauen\* angewandt. Sie sind noch immer mit einem hohen  
19 Risiko verbunden, über welches oft schlecht aufgeklärt wird. Dass im Bereich der sexuellen  
20 Gesundheit und Reproduktion von Frauen\* kaum weitergeforscht wird, während hormonelle  
21 Verhütungsmittel für Männer\* noch immer nicht existieren, ist kein Zufall. Allgemein ist die  
22 Reproduktionspolitik zu wenig auf die Bedürfnisse von Frauen\* ausgerichtet, sondern dreht  
23 sich stattdessen darum, was irgendwelche männliche\* Politiker den Frauen\* gerne für  
24 Auflagen machen möchten. Dass diese Tendenz zunehmend ist, zeigt sich auch am  
25 Erstarren evangelikaler Kreise und deren Einmischung in reproduktive Fragen und an  
26 politischen Angriffen auf Abtreibungsrechte wie die Abtreibungsinitiative vom Februar 2014.

## 27 Unser Feminismus ist ein Befreiungskampf

28 Feminismus bedeutet für uns den Kampf gegen den Sexismus und die Ketten, die er den  
29 Menschen auferlegt. Dies gilt auf ökonomischer und sozialer genauso wie auf persönlicher  
30 Ebene.

## 31 Forderungen:

- 32 • **No means No:** Sexualisierte Gewalt muss Thema werden in der Gesellschaft. Zentral  
33 ist, dass dieses Thema in der Schule angesprochen wird. Denn ein Nein muss  
34 akzeptiert werden. Handlungen welche nicht im Konsens passieren sind immer  
35 Schuld des Täters und können nicht mit dem Verhalten oder der Kleidung des Opfers  
36 legitimiert werden.

37 **A-32;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
38 BS), Nina Hüsser (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
39 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
40 (SP Frauen\* St. Gallen): **Ergänzung**

41  
42 **Antrag:** *No means No, but only Yes means Yes:*

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46

*Begründung: Das Problem bei «No means No», ohne das «only Yes means Yes» ist, dass auch dann noch kein Konsens besteht. Ein Konsens besteht nur, wenn zwei Personen ausdrücklich verbal oder nonverbal Zustimmung signalisieren.*

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme

**Begründung:** Die GL findet die Ergänzung im «Claim» wenig sinnvoll und unständig. Einverstanden ist jedoch, dass sexuelle Handlungen immer im Konsens erfolgen müssen. Sie schlägt daher folgende Textanpassung vor:  
Sexualisierte Gewalt muss Thema werden in der Gesellschaft. Zentral ist, dass dieses Thema in der Schule angesprochen wird. Denn ein Nein muss akzeptiert werden, sexuelle Handlungen müssen immer im Konsens erfolgen. Handlungen welche nicht im Konsens passieren sind immer Schuld des Täters und können nicht mit dem Verhalten oder der Kleidung des Opfers legitimiert werden.

- Sprache: Frauen\* werden mit dem gängigen Sprachgebrauch zu wenig abgebildet und sind zu oft nicht erwähnt, aber «mitgemeint». Wir brauchen eine starke feministische Linguistik und gendersensible Sprachförderungen in Schulen, um unsere Sprache feministischer zu machen und auf den Zusammenhang von Sprache und Stereotypisierungen hinzuweisen.
- Abschaffung der institutionalisierten Ehe: Die Ehe ist ein überholtes Konstrukt, das wir auf lange Frist in seiner institutionalisierten Form ablehnen. Sofortige Schritte müssen jedoch sein, dass die Ehe geöffnet wird für alle Paare aller Geschlechter und Konstellationen, und dass auch unverheiratete den verheirateten Paaren absolut gleichgestellt sind. Es darf keine Diskriminierung mehr geben bezüglich Adoption, Steuern, Reproduktionsmedizin, Sozialversicherung und binationalen Partnerschaften.

**A-33, Natasch Wey (SP Frauen\*): Ersetzung**

**Antrag:** *Streichung von Abschaffung der institutionalisierten Ehe, ersetzen durch: Ehe für alle.*

*Begründung: Diese Forderung geht über die Position der SP hinaus – die Abschaffung der Ehe ist zudem nicht nötig, wenn sie für alle offen ist.*

**Antrag der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme:

Ehe für alle: Wir fordern, dass die Ehe geöffnet wird für alle Paare aller Geschlechter und Konstellationen. Es darf keine Diskriminierung mehr geben bezüglich Adoption, Steuern, Reproduktionsmedizin, Sozialversicherung und binationalen Partnerschaften. Zusätzlich fordern wir die Einführung von sogenannten Pacs (pacte civil de solidarité), einer ausgebauten Form der eingetragenen Partnerschaft, die allen Paaren aller Geschlechter und Konstellationen offensteht. Die Pacs erlauben eine grössere rechtliche Sicherheit, können aber leichter aufgelöst werden als eine traditionelle Ehe.

1 **Begründung:** Die Pacs wären eine grosse gesellschaftsliberale Errungenschaft, die auch  
2 von der SP Fraktion im Bundesparlament gefordert wird und von Simonetta Sommaruga  
3 ernsthaft geprüft wird. Aus Sicht der persönlichen Freiheit scheint uns sinnvoll, dass  
4 verschiedene Möglichkeiten der rechtlichen Verankerung von Paarbeziehungen vorhanden  
5 sind, aber auch allen offen stehen.  
6  
7

- 8 • Raum für alternative Sexualität: Eine zunehmende Darstellung von Sexualität, die  
9 nicht dem klassischen heterosexuellen Bild entspricht, muss gefördert werden. In der  
10 Schule muss über queere (A-)Sexualitäten und Geschlechteridentitäten aufgeklärt  
11 werden; nicht-heterosexuelle Sexualitäten brauchen zudem mehr Raum in den  
12 Medien. In der Pornoindustrie braucht es Reglemente zur fairen Produktion und ein  
13 neues Ziel für Ausgewogenheit aller Sexualitäten und Geschlechteridentitäten.
- 14 • Geschlecht öffnen: Wir sind grundsätzlich gegen den Geschlechtseintrag bei allen  
15 staatsrechtlichen Dokumenten, da dieser zwingend zu Diskriminierungen führt.  
16 Genauso muss die Möglichkeit geschaffen werden, den eigenen Namen schnell,  
17 gebührenlos, ohne objektive „achtenswerte Gründe“ oder „Nachteilsbeweis“ und  
18 ohne moralisierende Stellungnahme der Eltern amtlich zu ändern. Bei staatlichen  
19 Statistiken über Unterschiede, die auf Geschlechter und Sexismus basieren  
20 (geschlechtsspezifische Gewalt, Lohnungleichheit etc.) soll die Geschlechtsidentität  
21 bei den Betroffenen selber erfragt werden.
- 22 • Ende der Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Menschen: Eine  
23 Antidiskriminierungsnorm für queere Menschen und eine strenge Ahndung von  
24 Verleugnung, Herabsetzung und Diskriminierung von Menschen wegen ihrer  
25 (a)sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.
- 26 • Ein Stopp der Diskriminierung und Reduktion der Frau\*: Insbesondere die Werbung  
27 darf nicht länger sexistische Rollenbilder oder die Sexualisierung von Frauen\*  
28 portieren, aber auch in der Schule müssen Sexismus thematisiert und Frauen\* als  
29 historische Figuren und Vorbilder im Unterricht behandelt werden.
- 30 • Schutz und Anlaufstellen für Frauen\*/ Menschen, die wegen ihrer Sexualität Gewalt  
31 erleben: Der Bund muss Kampagnen zur Prävention von Suizid und Depression bei  
32 LGBT\*QIA-Menschen fördern und finanzieren. Ebenso muss er Anlaufstellen für  
33 LGBT\*QIA Anliegen schaffen. Intersexuelle müssen ab dem Moment ihrer Geburt  
34 geschützt sein und dürfen zum Erlangen ihrer Urteilsfähigkeit keinen unfreiwilligen  
35 „Anpassungsoperationen“ unterzogen werden.
- 36 • Gegen die Stigmatisierung der Abtreibung: Abtreibung ist in der Schweiz legal und  
37 das richtig. Gegen Stigmatisierung fordern wir weitere Aufklärung. Bei Beratung soll  
38 wertneutral über Abtreibung gesprochen werden. Die Entscheidung zur Abtreibung  
39 soll von der Frau\* getroffen werden.
- 40 • Sozialisierung von Kindern ohne Geschlechterstereotypen: Wir unterstützen eine  
41 Bildung, die nicht auf Geschlechterstereotypen aufbaut. Ausserdem sollen im  
42 Aufklärungsunterricht Homo-, Bi, Inter und Asexualität sowie Trans\*identitäten als  
43 gesellschaftliche Realitäten thematisiert werden.
- 44 • Mehr Frauen\*räume in der Gesellschaft: Wir fordern Räume von und für Frauen\*,  
45 darunter zum Beispiel Frauen\*ambulatorien, Frauen\*archive und so weiter.  
46  
47

1 **A-34;** Tamara Funciello (SP Frauen\* Bern), Jessica Brandenburger (Vorstand SP Frauen\*  
2 BS), Nina Hüsser (SP Frauen\* Zürich), Ewa Bender (SP Graubünden), Milusch Pati (SP  
3 Frauen\* Zürich), Lorena Stocker (SP Luzern), Manu Seitz (SP Stadt Zürich), Andrea Scheck  
4 (SP Frauen\* St. Gallen): **zusätzliche Forderung**

5  
6 **Antrag: neuer Punkt:**

7 Bekämpfung von sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz: Gerade bei sexueller Gewalt am  
8 Arbeitsplatz bleibt für die Betroffenen nichts Anderes übrig, als es über sich ergehen zu  
9 lassen oder zu kündigen. Diese Problematik wird verstärkt, wenn der\*die Täter\*in hierarchisch  
10 höhergestellt ist. Daher fordern wir die Schaffung von unabhängigen Gremien, damit  
11 Betroffene von sexueller Gewalt am Arbeitsplatz nicht zwischen ihrer sexuellen Integrität  
12 oder Arbeitslosigkeit entscheiden müssen.

13  
14 *Begründung: Wenn eine Person am Arbeitsplatz auf sexuelle Gewalt aufmerksam macht,*  
15 *läuft sie oft Gefahr, dass ihr gekündigt wird, wenn nicht extrem viele Beweise vorliegen.*  
16 *Wenn der beschuldigten Person nicht gekündigt wird, heisst das, dass das Opfer weiterhin*  
17 *mit der ausübenden Person zusammenarbeiten muss.*

18  
19 **Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**  
20

# 1 Frauen\*, Staat und Grundrechte

## 2 Historischer Ausschluss – Frauen\* als Staatsbürgerinnen

3 Das Verhältnis von Frau\* und Staat in der Schweiz war lange Zeit kein wirkliches: Frauen\*  
4 waren in der Schweiz bis 1971 das **rechtliche Anhängsel** von ihrem Mann\*. Erst mit der  
5 Einführung des Frauenstimmrechts 1971 wurden die Frauen\* zu Staatsbürgerinnen, rechtliche  
6 Benachteiligungen in der Ehe und im Strafrecht dauerten bis in die 1990er- Jahre an. Obschon  
7 internationale Abkommen, wie beispielsweise die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte  
8 von 1948 einen universal gültigen Rechtsanspruch markierten, war die SP in der  
9 Stimmrechtsabstimmung im Jahr 1959 die einzige Partei, die Einführung des Frauenstimmrechts  
10 unterstützte.

11 **A-35; Ursula Nakamura: Ergänzung**

12  
13 **Antrag:** Frauen\* waren in der Schweiz bis 1971 das rechtliche **und politische Anhängsel** von  
14 ihrem Mann\*.

15  
16 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** modifizierte Annahme:

17 Frauen\* hatten in der Schweiz bis 1971 politisch nichts zu sagen und Ehefrauen\* waren  
18 rechtlich das Anhängsel ihres Mannes.

19  
20 **Begründung:** Die modifizierte Annahme der Ergänzung trägt der Tatsache Rechnung, dass  
21 1971 Single-Frauen\* rechtlich natürlich kein Anhängsel waren. Jedoch hatten auch sie kein  
22 politisches Mitspracherecht.

## 25 Politische Partizipation und Einflussnahme

26 Zwar wurden Frauen\* mit dem Erhalt des Stimmrechts zu rechtlich gleichwertigen Bürgerinnen,  
27 es gelang ihnen dennoch nur zögerlich, politisch Einfluss zu nehmen. Sie waren in den  
28 Parlamenten und Räten lange Zeit massiv untervertreten. Erst mit dem „Brunner-Effekt“ in den  
29 1990er-Jahren stieg die Vertretung von Frauen\* in der Politik deutlich an. Seither nehmen  
30 Frauen\* in der Politik und durch ihre Politik zwar mehr Einfluss auf Staat, Wirtschaft und  
31 Gesellschaft, sie sind aber auch heute verglichen mit den Männern\* nach wie vor untervertreten.  
32 Obwohl Frauen\* in der Schweiz 52% der Stimmberechtigten stellen, liegt der Frauen\*anteil in  
33 den politischen Gremien unter einem Drittel. Gerade Frauen\* mit Mehrfachdiskriminierungen,  
34 Migrantinnen oder Schweizerinnen mit Migrationshintergrund bekunden Mühe, für ihre politischen  
35 Anliegen Gehör zu finden oder diese gar selber zu vertreten – sei es, weil ihnen das Stimmrecht  
36 fehlt oder sei es, weil sie schlechtere Wahlchancen haben und ihnen der Zugang zu Chancen  
37 und Einfluss aufgrund von struktureller Diskriminierung verwehrt bleibt.

## 38 Staatsmonopol und Grundrechte

39 Der demokratische Rechtsstaat verfügt über ein Gewaltmonopol. Dies umfasst das Recht und  
40 die Pflicht zur Durchsetzung des verfassungsmässigen Rechts und der verfassungsmässigen

1 Ordnung - wenn nötig durch die Anwendung physischer Gewalt gegen Personen oder Sachen.  
2 Im Rahmen der nationalstaatlichen Ordnung ist es daher Aufgabe des Staates, die Grenzen zu  
3 sichern und Gesetze, wie beispielsweise das Ausländergesetz, durchzusetzen. Diese Praxis  
4 steht in einem Spannungsverhältnis zu den garantierten Grundrechten in der Bundesverfassung  
5 und auch zu den ebenfalls ratifizierten und daher geltenden menschen- und frauen\*rechtlichen  
6 Konventionen. Allzu oft geht zudem vergessen, dass Grundrechte und die internationalen  
7 Menschenrechte Vorrang haben und das Gesetz diesen angepasst werden müsste.

8  
9 Denn obschon der Rechtsstaat aufgrund der geltenden Gesetzgebung heute nicht allen in der  
10 Schweiz lebenden Menschen die Möglichkeit zur Partizipation gewährt, entbindet ihn das nicht  
11 von der Pflicht, allen Menschen in der Schweiz ihre Grundrechte zu gewähren – unabhängig von  
12 Aufenthaltsstatus oder Staatsbürgerschaft. Gerade Migrantinnen sind in gewissen Situationen  
13 besonders von Grundrechtsverletzungen betroffen. Eine Care-Migrantin, die in einem  
14 Privathaushalt 24 Stunden auf Abruf zu einem miserablen Lohn arbeitet, wird sowohl in ihrem  
15 Recht auf angemessene Entlohnung, aber auch in ihrem Recht auf persönliche Freiheit oder in  
16 ihrem Recht auf Familienleben beschnitten. Ganz gemäss der allgemeinen rechtsstaatlichen  
17 Aufgabe, geltendes Recht durchzusetzen, müssten die Rahmenbedingungen daher zwingend so  
18 gestaltet werden, dass alle Frauen\* sich gegen Grundrechtsverletzungen wehren können und  
19 Zugang zu Hilfe und Beratung haben. Ratifizierte internationale Konventionen wie die Istanbul  
20 Konvention (gegen Gewalt an Frauen\* und häusliche Gewalt) und die Frauen\*rechtskonvention  
21 CEDAW müssen in der Schweiz auch effektiv umgesetzt werden.

## 22 Feministische Friedenspolitik

23  
24 Gewaltfreiheit ist eine Grundhaltung: sie lehnt Gewalt ab, wendet sie nicht an, und arbeitet aktiv  
25 an der gewaltfreien Lösung von Konflikten.

26  
27 Gewalt und Krieg sind fundamental in der Geschichte der Menschen seit ca. 7000 Jahren. Im  
28 Wesentlichen ging und geht es immer noch um den Kampf von Gruppen und Individuen für den  
29 Aufstieg in die Hierarchie der Privilegierten, und um den politischen, sozialen und kulturellen  
30 Ausschluss der Nicht-Privilegierten. Die Emanzipationsbestrebungen, die zur Deklaration der  
31 allgemeinen Menschenrechte führten, dienen der Garantie der individuellen Integrität, der  
32 formalen Gleichstellung und der Gleichbehandlung aller Menschen vor dem Gesetz. Die  
33 Garantie der Menschenrechte ist Voraussetzung, aber keine Einbahnstrasse zur Gewaltfreiheit.  
34 Gewalt kann ebenso strukturell bedingt sein, Gewalt also, die durch soziale, politische oder  
35 ökonomische Strukturen reproduziert wird. Die unbedingte Einhaltung der Menschenrechte ist  
36 ein erster Schritt für die Umsetzung einer feministischen Friedenspolitik.

37  
38 Der gewaltfreie Einsatz für eine Gesellschaft, die auf staatlicher wie auf persönlicher Ebene  
39 Konflikte ohne Gewalt austrägt, wird daher getragen von Gruppen der Nicht-Privilegierten:  
40 entlang der uralten Diskriminierungsachse Geschlecht – Rasse – Klasse sind dies Frauen\*,  
41 Nicht-Weisse und Arme. Frauen\* gehören auch bei Rassen- und Klassendiskriminierungen  
42 nochmals zu einer speziell ausgegrenzten Kategorie. Eine gewaltfreie und feministische Vision  
43 von Gesellschaft bedeutet auch die Abwesenheit von genderspezifischer Gewalt und  
44 genderspezifischer Diskriminierung.

45

1 Es geht für Frauen\* in einer feministischen Friedenspolitik also nicht nur darum, die politischen,  
2 sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Ursachen von Kriegen zu untersuchen (Statuten der  
3 WILPF Schweiz), sondern auch darum, fundamentale unausgesprochene Hierarchien zu  
4 benennen und aufzulösen. Frauen\* sind nicht „von Natur aus“ friedfertiger als Männer\* (ebenso  
5 Nicht-Weisse oder Arme). Gerade weisse europäische Frauen\* sind auch Profitierende von  
6 Rassen- und eventuell auch Klassendiskriminierung. Solidarität von und mit Unberechtigten ist  
7 in vielfältigen Kombinationen möglich. Aber engagierte Frauen\* haben aufgrund der  
8 feministischen Forschungen und Engagements Einsicht in die Geschichte ihrer eigenen  
9 jahrhundertelangen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Diskriminierung. Daraus  
10 folgen die Energie, das Feuer und die Hartnäckigkeit, auch die fundamentalen Bedingungen für  
11 eine gewaltfreie Gesellschaft zu benennen und für sie einzustehen – privat wie politisch.  
12

## 13 Forderungen «Frauen\*, Staat und Grundrechte»

14  
15 **Umsetzung und Bekanntmachung der Istanbul-Konvention und des CEDAW<sup>34</sup>**  
16 Dafür müssen diese Konventionen bekannter gemacht werden, nach wie vor finden sie zu wenig  
17 Anwendung bei Behörden, Gerichten und Richter\*innen.<sup>35</sup> Wir fordern dazu Weiterbildungen, in  
18 denen Richter\*innen sowie Staats- und Rechtsanwält\*innen und auch Behörden über die  
19 Übereinkommen, die dazugehörigen Fakultativprotokolle, die allgemeinen Empfehlungen des  
20 Ausschusses, die Empfehlungen des Ausschusses zum Berichterstattungsverfahren und seine  
21 Einschätzung von Individualbeschwerden sowie die Ergebnisse der Berichterstattung informiert  
22 und so in die Lage versetzt werden, diese Instrumente vor innerstaatlichen Gerichten  
23 anzuwenden oder geltend zu machen und innerstaatliches Recht entsprechend auszulegen.  
24

25 **Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen**  
26 Gewalt gegen Frauen\* und Mädchen\* kommt weltweit häufig und in allen Ländern vor. Auch die  
27 Schweiz ist hier keine Insel. Häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsprostitution,  
28 Frauen\*- und Mädchen\*handel, Zwangsverheiratung und weibliche\* Genitalverstümmelung sind  
29 alles Phänomene, von denen Frauen\* in der Schweiz betroffen sind und die bekämpft werden  
30 müssen. Jede dritte Woche stirbt eine Frau\* in der Schweiz an den Folgen von häuslicher  
31 Gewalt. Im Jahr 2016 registrierte die Polizei im Durchschnitt 47 Straftaten pro Tag im  
32 Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. (17 685 im Jahr 2016).<sup>36</sup> Ein Leben ohne Gewalt ist kein  
33 Privileg, sondern ein Menschenrecht.  
34

## 35 **Umsetzung der Istanbul-Konvention**

36  
37 Wir fordern daher eine vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention, d.h. eine verstärkte  
38 Koordination zwischen den Kantonen bezüglich häuslicher Gewalt und eine nationale  
39 Aktionsstrategie. Es müssen national genügend Schutzplätze für Betroffene von häuslicher

---

<sup>34</sup> Convention on the Elimination of All Discriminations against women / UNO Konvention für die Beseitigung aller Benachteiligungen der Frauen

<sup>35</sup>

[https://www.humanrights.ch/upload/pdf/161118\\_Concluding\\_Observations\\_CEDAW\\_Vorabfassung\\_2016.pdf](https://www.humanrights.ch/upload/pdf/161118_Concluding_Observations_CEDAW_Vorabfassung_2016.pdf).

<sup>36</sup> <https://www.terre-des-femmes.ch/de/medien/40-d/medienmitteilungen/516-mm-annahme-istanbul-konvention>.

1 Gewalt bereitgestellt werden. Stellen die Kantone nicht genügend Mittel zur Verfügung, hat der  
2 Bund einzuspringen. Die heutige Situation, in der die Frauen\*häuser Betroffene von häuslicher  
3 Gewalt teilweise abweisen müssen und nicht genügend Schutzplätze zur Verfügung stellen  
4 können, ist nicht haltbar.<sup>37</sup>

5  
6 **Partnerunabhängiger Aufenthaltsstatus bei häuslicher Gewalt**  
7 Frauen\* aus Drittstaaten, deren Aufenthaltsstatus durch die Ehe an denjenigen des Ehemannes  
8 gekoppelt ist und welche häusliche Gewalt erlitten, haben nur dann einen Anspruch auf eine  
9 Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung, wenn die Ehegemeinschaft oder die Partnerschaft  
10 mindestens 3 Jahre gedauert hat. Zudem muss häusliche Gewalt nachgewiesen werden  
11 können. Die gängige Praxis der Behörden bei der Beweiserbringung ist teilweise willkürlich. In  
12 gewissen Kantonen werden Fälle abgewiesen, obschon gemäss Bundesgericht die Beweislage  
13 für häusliche Gewalt klar ist.<sup>38</sup> Wir fordern einen partnerunabhängigen Aufenthaltsstatus für  
14 betroffene Frauen\* bei häuslicher Gewalt.

15  
16 **Frauen\* auf der Flucht**  
17 Die Biografien von Frauen\*, die in die Schweiz flüchten, sind sehr verschieden. Ein zentrales  
18 Thema vieler Frauen\* mit Fluchterfahrung ist jedoch geschlechtsspezifische Gewalt, die sehr oft  
19 Teil der Verfolgungssituation im Herkunftsland ist. Sie charakterisiert ebenfalls die Gefahren auf  
20 den Fluchtrouten. Diese und andere frauen\*spezifischen Aspekte müssen in die Asylpolitik und  
21 –praxis einfließen. Dazu braucht es sensibilisierte Behörden und Fachpersonen, proaktive  
22 Unterstützung in frauen\*spezifischen Belangen sowie Zugang zu Schutz und Unterstützung für  
23 alle gewaltbetroffenen Frauen\*. Wir fordern zudem, dass Frauen\* die Gewalt im Ausland  
24 erfahren haben, den zustehenden Schutz erfahren und das Dublin-Abkommen für diese Frauen\*  
25 ausgesetzt wird.

26  
27 **Opfer von Frauen\*- und Menschenhandel in Asylverfahren**  
28 Betroffene von Menschenhandel erleiden schwerste Verletzungen ihrer grundlegenden Rechte.  
29 Sie erleben nicht nur sexuelle, physische und/oder psychische Gewalt, sondern auch strukturelle  
30 Mehrfachdiskriminierung. Trotz gesamtschweizerischer gesetzlicher Grundlagen sowie einem  
31 zweiten nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (NAP) fehlen  
32 einheitliche, Schweiz weite Standards, was zu grossen kantonalen Unterschieden, fehlender  
33 Rechtssicherheit und schliesslich zur Diskriminierung und Benachteiligung der Opfer führt. Die  
34 Umsetzung der Gesetzesgrundlagen und des NAP müssen dringend evaluiert und wo  
35 notwendig verbessert werden.

36  
37 Umfassender Schutz muss weiter bedeuten, dass die Schweiz sicherstellt, dass alle Opfer  
38 spezialisierten Schutz und Unterstützung erfahren und ihre Opferrechte ab Verdacht  
39 wahrnehmen können. Hierzu gehört auch aufenthaltsrechtlicher Schutz. Dies, ist in der Schweiz  
40 nach wie vor nicht gewährleistet.

41

---

<sup>37</sup>

[http://www.sodk.ch/fileadmin/user\\_upload/Fachbereiche/Opferhilfe/d\\_INFRAS\\_Schlussbericht\\_Fraue  
nh%C3%A4user.pdf](http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Fachbereiche/Opferhilfe/d_INFRAS_Schlussbericht_Fraue<br/>nh%C3%A4user.pdf)

<sup>38</sup> [http://www.sah-  
zh.ch/fileadmin/Dokumente/Ueber\\_das\\_SAHZH/Publikationen/Marc\\_Spescha\\_Geist\\_der\\_Abwehr.pdf](http://www.sah-<br/>zh.ch/fileadmin/Dokumente/Ueber_das_SAHZH/Publikationen/Marc_Spescha_Geist_der_Abwehr.pdf)  
, S. 10-13

1 Im Asylverfahren werden zu wenige mutmassliche Opfer von Menschenhandel identifiziert.  
2 Wenn sie doch identifiziert werden, funktioniert der Opferschutz nicht. In der Asylunterkunft  
3 erhalten sie weder die nötige medizinische und psychosoziale Unterstützung, noch können sie in  
4 angemessener (z.B. geschlechtergetrennten), sicherer Unterkunft leben. Opferschutzstellen  
5 werden von den Asylbehörden in der Regel nicht pro-aktiv einbezogen.  
6 Dublin-Fälle werden in der Regel ausgeschafft, bevor abgeklärt werden kann, was genau wo  
7 geschah. Opfer sind so der Gefahr des Re-Trafficking ausgesetzt, im Land, aus dem sie in die  
8 Schweiz geflohen sind. Falls sie in der Schweiz ausgebeutet wurden, können sie ihre  
9 Opferrechte nicht in Anspruch nehmen. Opfer auszuschaffen, spielt den Tätern in die Hände.

10

### 11 **Aufhebung der Wehrpflicht**

12 Aus feministischer Perspektive ist klar: Die Wehrpflicht kann heute nicht  
13 aufrechterhalten werden. Sowohl diejenigen, die sie aus moralischen Gründen  
14 ablehnen, als auch diejenigen, die in ihr vor allem ein ungeeignetes und ungerechtes  
15 Rekrutierungsmodell für eine auftragsgerecht verkleinerte Armee sehen, halten daher  
16 die Aussetzung der Wehrpflicht für dringlich. Die SP und die SP Frauen\* fordern daher  
17 die Aufhebung der Wehrpflicht und die Einführung einer Freiwilligenmiliz.

18

### 19 **Vermehrter und paritätischer Einbezug von Frauen\* bei Friedensprozessen**

20 Gemäss der UNO Resolution 1325 fordern wir von der Schweiz die gleichberechtigte  
21 Vertretung von Frauen\* in friedenspolitischen Entscheidungsprozessen. Die  
22 gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen\* hat auf allen Ebenen der Konfliktbearbeitung  
23 und Friedensentwicklung stattzufinden. Ebenso ist bei der Aushandlung und Umsetzung  
24 von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen.

25

26

27

28

29

# 1 Feministische Kritik an der SP Schweiz

2 Unsere Gesellschaft weist auch im 21. Jahrhundert noch zahlreiche und diverse  
3 Ausprägungen von strukturellem Sexismus auf. Die SP ist dabei keine Insel. Auch wir  
4 Genossinnen und Genossen sind Teil dieser Gesellschaft und nicht gefeit vor (zum Teil  
5 unbewussten) Diskriminierungen. Stereotypisierung und ungleiche Massstäbe bei Männern\*  
6 und Frauen\* finden auch in der SP statt. Als ein Beispiel von vielen sei hier etwa das  
7 männlich\*-dominante Redeverhalten auf Podien und anderen parteiinternen und -externen  
8 Veranstaltungen genannt. Männer\* beanspruchen mehr Redezeit, unterbrechen häufiger,  
9 beziehen sich häufiger explizit aufeinander und werden so stärker wahrgenommen.  
10 Während diese Handlungsweise bei Männern\* eher positiv konnotiert ist, die Männer\* also  
11 als durchsetzungsstark und souverän gelten, wird Frauen\*, wenn sie ähnlich auftreten,  
12 dasselbe Verhalten nicht selten als zu forsch oder gar als arrogant oder zickig ausgelegt.  
13 Ausserdem bestehen immer noch zahlreiche männliche Netzwerke informeller Art innerhalb  
14 der Partei – Seilschaften, von welchen Frauen\* nicht profitieren.  
15 Immerhin hat in den letzten Jahrzehnten eine Sensibilisierung für die Ungleichheit zwischen  
16 Frauen\* und Männern\* innerhalb der Sozialdemokratischen Partei stattgefunden. So stellen  
17 die Frauen\* in den SP-Fraktionen in kommunalen, kantonalen und nationalen Parlamenten  
18 einen beachtlichen Anteil – auch wenn die Verteilung sehr unterschiedlich ist und auch  
19 gegenläufige Tendenzen zu beobachten sind. Die Exekutiv-Posten sowie prestigeträchtige  
20 Ämter wie das Ständeratsmandat, das Fraktionspräsidium oder auch das nationale  
21 Parteipräsidium hingegen waren auch in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich  
22 männlich\* besetzt und sind dies noch immer. **Geschlechter- und Familienthemen werden**  
23 **innerhalb der SP vornehmlich von Frauen\* bearbeitet, während sich Männer\* tendenziell**  
24 **eher mit Wirtschafts- und Steuerfragen – die als gewichtiger wahrgenommen werden -**  
25 **beschäftigen. Männer\* fühlen sich kaum bis nie verantwortlich dafür, Themen wie**  
26 **Familienpolitik, Gleichstellung oder frauenspezifische Anliegen in den Sozialversicherungen**  
27 **zu besetzen und ihr politisches Engagement primär da zu investieren, obwohl es genauso**  
28 **ihre Aufgabe wäre.** Diese unterschiedliche Themenwahl ist nicht einfach zufällig, sondern es  
29 zeigt sich darin die Sozialisierung in unterschiedlichen Männer\*- und Frauen\*-Rollen. Wenn  
30 es der SP ernst damit ist, die Gesellschaft so transformieren zu wollen, dass Frauen\* und  
31 Männer\* gleichgestellt sind, dann ist es ihre Aufgabe, gezielt Frauen\* in Steuer- und Finanz-,  
32 Männer\* in Familien- und Gleichstellungsfragen aufzubauen und zu fördern. Ausserdem  
33 dürfen Familien- und Gleichstellungsfragen nicht weiter vor allem dann in den Vordergrund  
34 gerückt werden, wenn es aus taktischen Gründen gerade opportun erscheint. Eine  
35 emanzipatorische Familien- und Gleichstellungspolitik ist einerseits genauso ein Wert an  
36 sich wie eine zentrale Voraussetzung einer progressiven Wirtschaftspolitik.

## 37 **A-36; Antrag Geschäftsleitung: Ergänzung**

38  
39 **Antrag:** "Obwohl es in den letzten Jahren gelungen ist, profilierte Frauen in Finanz-,  
40 Wirtschafts-, Steuer-, Sicherheits- oder Verkehrsfragen zu positionieren, werden  
41 Geschlechter- und Familienthemen immer noch vornehmlich von Frauen bearbeitet,  
42 während Männer sich tendenziell eher mit den obigen Themenbereichen - die als  
43 gewichtiger wahrgenommen werden - beschäftigen. Dies hängt auch mit der öffentlichen  
44 Wahrnehmung zusammen: Journalist\*innen kommen oft gar nicht auf die Idee, bei  
45 familienpolitischen Themen explizit einen Mann zu befragen."  
46

1 *Begründung: Dass auch in der SP vorwiegend Frauen die Felder der Familien- und*  
2 *Sozialpolitik bearbeiten ist zwar grundsätzlich richtig, jedoch verdeckte die ursprüngliche*  
3 *Formulierung geradezu, dass es in den letzten zehn Jahren einigen prominenten Frauen*  
4 *gelungen ist, sich anders zu positionieren und so auch sichtbar zu sein. Diese Leistungen*  
5 *und diesen Fortschritt in den Schatten zu stellen war natürlich nicht die Absicht der*  
6 *Verfasserinnen\* des Manifests und der GL, weshalb wir hiermit diesen Ergänzungsantrag*  
7 *stellen.*

8

9 **Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme**

10

11

12 Wir Frauen\* stellen uns eine Sozialdemokratie vor, für welche die Gleichstellung aller  
13 Geschlechter nicht nur ein Nebenschauplatz, sondern ein zentraler Pfeiler der politischen  
14 Reflexion und des politischen Handelns darstellt. Ebenso wollen wir eine Sozialdemokratie,  
15 in welcher das eigene Geschlecht sich weder im Verhalten noch im Umgang manifestiert  
16 oder für die Karrierechancen eine Rolle spielt. Für unser politisches Schaffen ist das  
17 Geschlecht völlig irrelevant: Wir wollen, dass jede und jeder sich nach ihren und seinen  
18 Neigungen und Fähigkeiten aktiv einbringt und entsprechend gefördert wird. Solidarität  
19 zwischen den Geschlechtern soll ein wesentlicher Teil der sozialdemokratischen Identität  
20 darstellen und jederzeit gelebt werden. Wir kämpfen gemeinsam für eine Gesellschaft freier  
21 Menschen.

## 22 **Forderungen:**

### 23 **· Aktionsplan für Gleichstellung:**

24 Wir fordern von der SP Schweiz, dass gleichstellungspolitische Themen zum Kernthema  
25 werden. Dazu soll bis Mitte 2018 ein Aktionsplan ausgearbeitet werden, der aufzeigt, mit  
26 welchen konkreten Massnahmen die Partei sich diesem Thema in den nächsten Jahren  
27 annimmt. Dieser Aktionsplan enthält auch Massnahmen, um zu erreichen, dass  
28 Positionierungsprozesse in der SP Schweiz immer aus einer feministischen Perspektive  
29 vorgenommen werden.

30

### 31 **· Mehr Ressourcen für feministische Arbeit:**

32 Wir fordern eine Personalstrategie mit geeigneten Massnahmen, um Frauen\* gezielt zu  
33 fördern, etwa mittels eines effektiven «Womentoring»-Programms. Es soll selbstverständlich  
34 sein, dass Frauen\* parteiinterne und -externe Ämter innehaben – besonders auch die  
35 prestigeträchtigen. Um dies zu erreichen braucht es dringend mehr finanzielle Ressourcen,  
36 unter anderem für feministische Bildungsarbeit. Damit können Bildungs- und  
37 Trainingsangebote exklusiv für Frauen\* angeboten werden, zum Beispiel mit besonderem  
38 Fokus auf Wirtschafts- und Finanzpolitik.

39

### 40 **· Studien zu gleichstellungspolitischen Fragen:**

41 Wir fordern, dass die Fraktion der SP Schweiz Studien zu gleichstellungspolitischen Themen  
42 finanziert. Denn um eine feministische Politik umsetzen zu können, brauchen wir mehr  
43 Grundlagen und Analysen. Oft fehlen Zahlen, um die Auswirkungen von politischen  
44 Entscheidungen für die Frauen\* zu beziffern. Die SP Schweiz soll Gender-Budgeting  
45 vermehrt in den Fokus nehmen.

1  
2 · **In den Parteiführungsgremien sollen beide Geschlechter angemessen vertreten**  
3 **sein.** Dies gilt auch für die Führungspositionen. Bei einer Vakanz im Fraktionspräsidium  
4 oder Parteipräsidium sollte sichergestellt werden, dass nicht beide Spitzenpositionen dem  
5 gleichen Geschlecht angehören.

6 **A-37; Margrit Blaser (SP Frauen\* Kanton St. Gallen): neue Formulierung**

7  
8 **Antrag:** Die Forderungen aus Frauensicht formulieren. Die Ansprüche der Frauen müssen  
9 konkret benannt werden und der Anteil oder der Einbezug der Männer entfällt. Dazu zählen  
10 Formulierungen wie „beide Geschlechter angemessen vertreten“ und „parteiinterne  
11 Diskussion soll gemeinsam geprägt werden“

12  
13 **Begründung:** Es geht darum, die Frauen innerhalb der Partei zu stärken. Diese Forderungen  
14 entstanden vor dem Hintergrund, dass die Männer gegenüber den Frauen jeweils in der  
15 Mehrheit bzw. übervertreten sind. Harmoniebestrebungen sind bei diesen Forderungen fehl  
16 am Platz. Es ist an den Männern, von ihrem Anteil am Kuchen den Frauen etwas abzugeben.  
17 Es lohnt sich zu prüfen, ob bei den Forderungen nicht messbare Quoten bestimmt werden  
18 sollen.

19  
20 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme

21 Vorschlag für eine neue Formulierung:

22 In den Parteiführungsgremien sollen Frauen\* angemessen vertreten sein. Bei einer Vakanz  
23 im Fraktions- oder Parteipräsidium sollte sichergestellt werden, dass eine Position von einer  
24 Frau\* eingenommen wird.

25  
26  
27 · **Keine SP-Männer\* auf All-Male-Pannels:**

28 Wir fordern, dass Sozialdemokraten sich mit den Frauen\* solidarisieren und entsprechende  
29 Plattform-Angebote ablehnen. Wir erwarten von den Männern\* in der SP, dass sie selber  
30 nicht nur vom gleichstellungspolitisch fortschrittlichen Image der SP profitieren, sondern  
31 Gleichstellung in ihrem politischen Alltag auch selber leben.

32  
33 · **Die parteiinterne Diskussion soll von Frauen\* und Männern\* gemeinsam geprägt**  
34 **werden.** Es darf nicht sein, dass Diskussionen nur von Männern\* dominiert werden. Frauen\*  
35 müssen den Raum haben, sich zu melden und sich in die Diskussion einzumischen. Dazu  
36 braucht es unter anderem Vorbilder und eine gute Diskussionskultur. Um herauszufinden, ob  
37 der diskursive Raum innerhalb der SP egalitär ausgestaltet ist und ansonsten  
38 gegebenenfalls Massnahmen ergreifen zu können fordern wir, dass ab sofort konsequent  
39 ein Gender-Watch-Protokoll pro SP-Delegiertenversammlung (und Parteitag) erstellt wird.

40 **A-38; Margrit Blaser (SP Frauen\* Kanton St. Gallen): neue Formulierung**

41  
42 **Antrag:** In den Parteiführungsgremien sollen beide Geschlechter angemessen vertreten  
43 sein

44 Die Forderungen aus Frauensicht formulieren. Die Ansprüche der Frauen müssen konkret  
45 benannt werden und der Anteil oder der Einbezug der Männer entfällt. Dazu zählen  
46 Formulierungen wie „beide Geschlechter angemessen vertreten“ und „parteiinterne  
47 Diskussion soll gemeinsam geprägt werden“

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9

*Begründung: Es geht darum, die Frauen innerhalb der Partei zu stärken. Diese Forderungen entstanden vor dem Hintergrund, dass die Männer gegenüber den Frauen jeweils in der Mehrheit bzw. übervertreten sind. Harmoniebestrebungen sind bei diesen Forderungen fehl am Platz. Es ist an den Männern, von ihrem Anteil am Kuchen den Frauen etwas abzugeben.  
Es lohnt sich zu prüfen, ob bei den Forderungen nicht messbare Quoten bestimmt werden sollen.*

10 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme  
11 Vorschlag neue Formulierung:  
12 **Hin zu geschlechtergerechten Diskussions-Strukturen:**  
13 Frauen\* haben das Recht, sich zu melden und sich in die Diskussion einzumischen. Dazu  
14 braucht es, neben Vorbildern, den nötigen Raum und geeignete Strukturen. Dies zu schaffen  
15 liegt in der Verantwortung der gesamten Partei, von der Parteiführung bis hin zu den  
16 Mitgliedern. Um herauszufinden, ob der diskursive Raum innerhalb der SP egalitär  
17 ausgestaltet ist und ansonsten gegebenenfalls Massnahmen ergreifen zu können fordern  
18 wir, dass ab sofort konsequent ein Gender-Watch-Protokoll pro SP-Delegiertenversammlung  
19 (und Parteitag) erstellt wird.

20  
21

22 · **Kinderbetreuung an SP-Delegiertenversammlungen und –Parteitagen:**  
23 Um auch Menschen mit Betreuungspflichten zu ermöglichen, sich parteiintern zu  
24 engagieren, sollen an den grösseren Veranstaltungen der SP, wie auch an Tagungen, eine  
25 Kinderbetreuung angeboten werden.

26  
27

28 · **Geschlechtergerechte Sprache:**  
29 In der SP wird in der Kommunikation **Wert auf eine geschlechtergerechte Sprache<sup>39</sup> gelegt.**  
30 Wenn Anträge dem nicht entsprechen, werden sie korrigiert oder mit dem entsprechenden  
31 Hinweis an die Verfasser\*innen zurückgewiesen.

32 **A-39; Ursula Nakamura: Umformulierung**

33  
34  
35

**Antrag:** *In der SP wird in der Kommunikation ausschliesslich eine geschlechtergerechte Sprache verwendet.*

36 **Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme  
37  
38 **Begründung:** neue Formulierung ist stärker und klarer.

<sup>39</sup> <https://www.bk.admin.ch/dokumentation/sprachen/04915/05313/index.html?lang=de>